



Protokoll

der 26. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Raoul I. Furlano (LDP), Fina Girard (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

20.	Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo	2
21.	Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo	3
22.	Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo	6
23.	Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo	13
25.	Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich.....	16
26.	Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen.....	16
27.	Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen	21
28.	Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer	22
29.	Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen.....	29



Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2025, 09:00 Uhr

20. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:00:22, 23.5619.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Ergänzter Sitzungskalender: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir den Sitzungskalender für die Jahre 2028/2029 und 2029/2030 erstellt haben. Zusätzlich gab es eine Änderung bei der Januarsitzung im Jahr 2028. Dort war ursprünglich die erste Sitzung auf den 5. Januar 2028 festgelegt. Also dieser Kalender hat bereits existiert. Da der Regierungsrat an diesem Tag komplett abwesend sein wird, da er eine gesamtschweizerische Konferenz hat, beginnen wir erst eine Woche später mit den Januarsitzungen. Die gesamte Liste finden Sie bereits online.

Kaffeesspende: Jean-Luc Perret feiert heute seinen Geburtstag und spendet uns zu diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee. Herzlichen Dank und alles Gute. (*Applaus*)

Wir fahren fort mit der Traktandenliste. Traktandum 20, Petition 474 «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen». Bericht der Petitionskommission. Diese beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen» wurde am Zukunftstag 2023 im Mädchenparlament ausgearbeitet. Um die Situation insbesondere von obdachlosen Menschen zu verbessern, wurde vom Grossen Rat konkret gefordert, Mittel für ein Begegnungszentrum und Wohnhaus bereitzustellen. Im Januar 2024 wurde die Petition an die Kommission überwiesen, die Vertreterinnen der Petentschaft wurden wie üblich zu einem Hearing eingeladen und konnten dort ihr Anliegen konkretisieren.

Im Haus für alle soll es eine Küche haben, in der sich Obdachlose eine Mahlzeit zubereiten können, das Essen soll aus einem öffentlich zugänglichen Foodsharing-Kühlschrank kommen und so weiter. Am Hearing nahm auch der Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung teil und stellte sich auf den Standpunkt, dass der Grossteil der Forderungen der Petition bereits erfüllt sei. Auch der Schwarze Peter bestätigte in einer Stellungnahme die Informationen der Verwaltung und schätzte das Angebot an Schlafplätzen als ausreichend ein.

Die Petitionskommission stellte fest, dass der in der Petition geforderte Begegnungsort, also das Haus für alle, nicht existiert und dass es auch keine Analyse der Bedürfnisse von obdachlosen und armutsbetroffenen Menschen gibt. Sie anerkannte, dass Menschen ohne Wohnung sich tagsüber von einem Ort zum anderen bewegen müssen, oft mit ihren ganzen Habseligkeiten bei sich, was als entwürdigend und stressig empfunden wird. Auf der Basis der vorliegenden Informationen wurde das soziale Netz in Basel als gut ausgebaut bezeichnet, was aber nicht heisst, dass es keine Lücken aufweist. Sie beantragte deshalb, die Petition mit folgenden Fragen an den Regierungsrat zu überweisen. Ist der Regierungsrat bereit, für obdachlose Menschen ein Angebot unter einem Dach zu schaffen und eine dafür geeignete Liegenschaft zu suchen? Mit welchen anderen Ansätzen liesse sich die Hektik und der Stress der Betroffenen reduzieren? Warum gibt es keine vorübergehende fixe Bleibe für Obdachlose, die für ein paar Tage krank sind? Ist der Regierungsrat bereit, ein entsprechendes Angebot zu schaffen? Welche Lösungen zieht der Regierungsrat in Erwägung für nicht regularisierte Personen?

Mit diesen Fragen wurde die Petition dann im September 2024 an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres überwiesen, und der Regierungsrat hat im März 2025 seine Antworten an die PetKo verschickt. Darin verwies der Regierungsrat erneut auf die vielfältigen schon bestehenden Angebote für obdachlose Menschen und auf das Housing First Plus-Projekt, welches starten soll, sobald eine geeignete Liegenschaft gefunden wurde. Ausserdem wurde auf die Stellungnahme des Schwarzen Peters verwiesen, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Annahme, dass Obdachlose unter sich sein wollen, ein Fehlschluss sei.



Dies war ein eigentliches Killerargument für die Forderung nach einem Haus für alle. Auch bei der Forderung nach einem Krankenzimmer für Obdachlose wurde darauf hingewiesen, dass es in einem solchen Fall schon Angebote zur angemessenen Unterbringung gebe. Bei der Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten für nicht regularisierte Personen verwies der Regierungsrat auf die Regelung gemäss Bund, dass Menschen ohne Wohnsitz in der Schweiz von Aufenthaltskantonen nur im Rahmen der Nothilfe unterstützt werden können, und auch in diesem Fall sah der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen die Petitionskommission, die Petition als erledigt zu erklären, sie appelliert jedoch an den Regierungsrat, die Entwicklungen eng zu beobachten und weiterhin dafür zu sorgen, dass ein vielseitiges Angebot für die verschiedenen Bedürfnisse von armutsbetroffenen und obdachlosen Menschen mit und ohne Regularisierung zur Verfügung steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, ich habe keine Sprechern eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Petition stillschweigend als erledigt erklärt.

Heidi Mück (BastA): Die Petition für ein Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz fordert Massnahmen, um die Sicherheit der zahlreichen Velofahrenden in diesem Streckenabschnitt und zugleich die Wohnqualität an der Wettsteinallee zu verbessern. Konkret soll die Wettsteinallee vom motorisierten Durchgangsverkehr entlastet werden.

Diese Petition wurde der PetKo im Oktober 2024 überwiesen, das Hearing mit Vertretern der Petentschaft und der Verwaltung fand im Juni dieses Jahres statt. Das Hearing ist sehr konstruktiv verlaufen, deshalb kann ich mich auch relativ kurz halten. Der Vertreter des BVD zeigte sich offen und bereit, das Anliegen der Petition zu prüfen und wenn immer auch möglich umzusetzen. Die Petentschaft zeigte sich ihrerseits auch offen für andere Lösungen als in der Petition vorgeschlagen.

Die Petitionskommission war erfreut über diesen doch recht harmonischen Austausch und war auch der Meinung, dass eine stärkere Entflechtung von Auto- und Veloverkehr zwischen Riehenring und Wettsteinplatz grundsätzlich wünschenswert ist. Die Lösung, dass die Innere Wettsteinallee primär für den Veloverkehr und die Achse Riehenstrasse-Hammerstrasse primär für den MIV zur Verfügung stehen soll, wurde als prüfenswert erachtet. Es braucht aber noch eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der auf dem Tisch liegenden Varianten.

Aus diesem Grund beantragt die Petitionskommission einstimmig, die vorliegende Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:09:07, 24.5444.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe Daniel Seiler als Fraktionssprecher für die FDP auf der Liste.

Daniel Seiler (FDP): Letzte Woche haben wir hier im Saal über eine wissenschaftliche Studie von der WWZ gesprochen. Ihre Aussagekraft wurde in Frage gestellt. Heute sprechen wir über eine Petition von 100 Leuten. Diese 100 Unterschriften sind aufgrund der Wettstein 21-Organisation zustande gekommen. Wir haben vor den Sommerferien schon darüber gesprochen. Es sind keine wirklichen Autofreunde, im Gegenteil, das sind eigentlich diese Leute, die eigentlich die Autofahrer aus dem Quartier komplett verdrängen wollen. Ich fände es in Zukunft eigentlich noch gut, wenn man dann im Bericht der Petitionskommission entsprechend aufführt, wie viele Leute effektiv unterschrieben haben, damit man nachher eine gewisse Relevanz hat. Ich erinnere an die 7777 Unterschriften gegen Tempo 30, die dann in der Schublade verschwunden sind.

Jetzt noch zum Inhalt: Wenn man jetzt in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse macht, dann wird die Zufahrt zu den Wohnhäusern zusätzlich extrem erschwert. Und wenn das BVD dann noch kommt und sagt, man könnte diese Zufahrten über die Thunerstrasse und über die Rheinfelderstrasse, dann muss man sagen, dass das genau diese Strassen sind, die A wie die Thunerstrasse heute schon eine Begegnungszone ist und von der Rheinfelderstrasse wird eben genau durch diese Wettstein 21-Organisation gewünscht, dass da eine Begegnungszone gemacht wird. Also Sie wollen Zufahrtsstrassen für die Quartierbewohner in Einbahnstrassen machen, die schon Begegnungszonen sind oder Begegnungszonen werden. Daher kann die FDP nicht einverstanden sein. Wir sind dafür, dass diese Petition als erledigt abgeschrieben wird,



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Votum von Daniel Seiler und der FDP absolut an. Es wäre eigentlich ganz einfach. Wir haben eine Strassennetz-Hierarchie, in der festgelegt ist, welche Strassen für den Verkehr gedacht sind und durch welche weniger Verkehr fließen sollte, wo mehr das Quartier ist. Aber wenn man natürlich überall, wo es nur geht, den Verkehr künstlich staut, die Autos ausbremst, dann wird genau das passieren, dass man als Autofahrer alternative Routen sucht, wo man dann, obwohl man im Zickzack durch das Quartier fährt, noch schneller ist.

Die SVP-Fraktion befürwortet eine Entflechtung, das ist gut, das ist auch für die Sicherheit. Allerdings ist die Lösung viel einfacher. Lassen wir auf den Hauptverkehrsachsen diesen Verkehr wieder fließen, der notwendige Verkehr, er wird nicht verschwinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heisst, wir müssen schauen, dass auf diesen Strassen hier der Verkehr wieder fahren können, dann werden die Autofahrer auch nicht eine Ausweichroute suchen. Und es ist auch keine Lösung, hier gewisse Strassen mit Einbahnverkehr zu sperren, wie auch immer, weil er einfach woanders sein wird. Es gibt einfach eine Verlagerung, weil der Verkehr nicht verschwinden wird. Er sucht sich alternative Wege. Und deshalb sprechen wir uns hier ebenfalls dafür aus, dass die Petition für erledigt erklärt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: BFür die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Es hat mich sehr gefreut, dass der Kanton diese Petition mit so offenen Ohren aufgenommen hat. Ich denke, es gibt einen Unterschied zwischen Petitionen und Umfragen und Studien. Es gibt doch Standards für Studien, und wenn die nicht erfüllt werden, ist es eben eine Umfrage, wie das Boda Baumgartner schön erklärt hat letzte Woche. Hier haben wir eine Petition, die aber der erste Unterschrift eingereicht werden kann und begutachtet werden muss. Die Anzahl an Unterschriften kann selbstverständlich als Dringlichkeitsfrage berücksichtigt werden, aber grundsätzlich gilt eine Petition ab der ersten Unterschrift.

Nun zum Inhalt: Ich glaube, wichtig ist, dass es ein Bedürfnis ist. Es fahren dort viele Velofahrerinnen und Velofahrer durch, ich habe das auch schon häufig erlebt und wir müssen für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen sichere Bedingungen herstellen. Mit den Forderungen aus der Petition wird dies meines Erachtens erreicht und es würde mich freuen, wenn die Regierung hier Vorschläge bringt, die dann für alle ein gangbarer Weg sind.

Laetitia Block, ja, der Verkehr wird nicht verschwinden, aber ich glaube, gewisse Verkehrsmittel werden verschwinden. Wir erleben bereits jetzt, wie sich doch einiges wandelt in der Stadt, immer weniger Personen besitzen tatsächlich ein Auto, immer mehr Personen steigen um auf das Fahrrad oder auf die ÖV-Nutzung, die ja auch wieder höher ist als auch schon. Wir müssen auf diese Veränderungen reagieren bei unseren Strassen, auch bei unserer Strassenhierarchie. Wir dürfen auch entscheiden, wie wir leben wollen in dieser Stadt, wie wir fahren wollen in dieser Stadt. Hier hat ein Teil der Anwohnenden oder der Einwohner einen Input gegeben, schauen wir uns den an, ich denke, er ist sehr gut.

Ein sehr wichtiges Anliegen ist mir noch als ProVelo-Präsidentin: Die Solitude ist ein sehr enger Platz. Ich bekomme immer unglaublich viele Nachrichten dort auch von Personen, die sehr unglücklich sind mit der Situation dort und ich bin überzeugt, je mehr wir die Situation verbessern im Quartier Wettstein, umso mehr gibt es eine Entlastung bei der Solitude. Und ich glaube, das ist ein Vorteil für uns alle. Darum denke ich, könnte das ein grosser Gewinn sein mit dieser Einbahnführung.

Wir bitten Sie, die Petition zu überweisen an den Regierungsrat und wir sind gespannt auf die Antworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Daniel Seiler und von Jenny Schweizer. Sie werden entgegengenommen. Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Bezüglich Solitude sind wir ja grundsätzlich gleicher Meinung, aber den Zusammenhang zwischen der Wettsteinallee und der Solitude verstehe ich nicht, den müssen Sie mir erklären.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Sehr gerne. Mir ist es ein Anliegen, dass wir die Velofahrerinnen und Velofahrer in der Tendenz wegbekommen von der Solitude, weil ich denke, es muss dort für die FussgängerInnen sein. Ein sicheres Quartier führt dazu, dass die Leute vielleicht den Umweg über das Quartier in Kauf nehmen, um nach Riehen oder sonst wohin zu kommen



Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Wie sehen Sie die Problematik für die Blaulichtorganisationen, wenn Sie in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse machen?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Das kann ich jetzt so nicht einschätzen, aber ich denke, wenn wir eine Verbesserung in der Verkehrsführung haben, ist das auch für die Blaulichtorganisationen kein Problem. Wenn sie blinken und schnell fahren, dann dürfen sie auch auf der Grenzacherstrasse zum Beispiel schnell fahren und es gibt Umwege.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher ist Tim Cuénod für die SP.

Tim Cuénod (SP): Ich hatte das Glück, sechs Monate quasi im Gastspiel in der Petitionskommission sein zu können, und ich muss sagen, das war wirklich einer der interessanteren Fälle einer Petition, nur schon deswegen, weil sie etwas fordert, was eigentlich ziemlich naheliegend ist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich durch die Wettsteinallee fahre, was gelegentlich vorkommt, ist gerade zu Stosszeiten häufig eine durchaus aggressive Stimmung spürbar, und zwar nicht nur zwischen Velofahrern und Automobilisten, sondern zum Beispiel auch zwischen Automobilisten untereinander. Die Platzverhältnisse sind doch nicht wahnsinnig grosszügig und wenn sich Autos entgegenfahren und eines davon ist besonders breit, dann kann es schon sein, dass der eine oder die andere wild gestikuliert, sein Gegenüber solle jetzt gefälligst ein paar Meter zurückfahren und so weiter. Also es ist nicht wirklich eine gute Situation und es ist schon heute eine Achse, die für den Veloverkehr wichtig ist, die es in Zukunft noch mehr sein könnte. Und wenn wir es schaffen, durch eine Einbahnstrasse zu schauen, dass wirklich die Strassennetzhierarchie eben gestärkt wird dadurch, dass man sagt, Autos sollen vom Wettsteinplatz via Hammerstrasse, Riehenstrasse, Riehenring und vice versa möglichst fahren und nicht zwingend dort durch, dann wäre das, denke ich, ein grosser Fortschritt, und ich glaube, nicht nur würde die Veloachse attraktiver, man könnte auch einiges von der manchmal gehässigen Stimmung reduzieren, die an dieser Stelle besteht.

Insofern ist diese Petition relativ naheliegend. Von Begehrlichkeiten, was die kleinen genannten Strassen anbelangt, Thunerstrasse, Rheinfelderstrasse, habe ich jetzt noch nichts gehört. Ich denke aber, die Achse, die sich anbietet, um diesen Weg zu gehen, ist wie gesagt eine andere. In diesem Sinne denke ich, es ist im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden, hier eine Änderung zu machen und bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Überweisung dieser Petition zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es handelt sich nicht um eine Begehrlichkeit, sondern es handelt sich um einen Lösungsansatz, den Verkehr durch eine Begegnungszone zu leiten. Ist das Ihrer Meinung nach die Lösung in diesem Quartier?

Tim Cuénod (SP): Nein, nicht unbedingt. Für die Erschliessung steht ja aber, wie schon erwähnt, eine andere Achse zur Verfügung, die dafür wesentlich günstiger wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat die Kommissionssprecherin Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Besten Dank für die spannende Diskussion, die mich ein wenig überrascht, weil das Hearing und die Diskussion innerhalb der Petitionskommission wirklich sehr harmonisch waren. Wir waren uns eigentlich alle einig, dass es da eine Entflechtung braucht. Nur einen Punkt möchte ich noch sagen. Es wurden die Unterschriftenzahlen erwähnt. Für die Petitionskommission gilt wirklich der Grundsatz, dass eine Petition ein demokratisches Recht ist. Wir haben Anliegen – und das sehen Sie auch heute, wir haben vier Petitionen – wir haben Anliegen aus dem Mädchenparlament, wir haben Anliegen von Schülerinnen und Schülern, wir hatten schon Kinderpetitionen, es gibt Petitionen auch von Parteien und so weiter, also ganz viele verschiedene Menschen mit verschiedenen Ressourcen. Wir behandeln eigentlich die Petitionen, die wir entgegennehmen, sofern sie nicht einen völlig abwegigen Inhalt haben, alle gleich, unabhängig von der Unterschriftenzahl.



Wir nehmen sie alle gleich ernst. Das ist mir einfach wichtig, das noch mitzuteilen. Ich beantrage noch einmal im Namen der einstimmigen Petitionskommission, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur ersten Abstimmung. Daniel Seiler und Laetitia Block beantragen, die Petition als erledigt zu erklären.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007133, 17.09.25 09:22:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, dass die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen wird mit 62 gegen 32 Stimmen bei einer Enthaltung.

22. Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:23:06, 24.5450.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat die Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Diese Petition «Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden» wurde von der Schüler:innenorganisation des Gymnasiums Bäumlhof lanciert. Sie wurde im November 2024 der PetKo überwiesen. Im Juni fand ein Hearing mit zwei Vertretern der Schüler:innenorganisation und einer Vertreterin des Elternrats der Primarschule Hirzbrunnen und einem Vertreter des BVD statt. Die beiden anwesenden Schüler haben leidenschaftlich, mit guten Argumenten und auch mit grossem rhetorischem Geschick ihr Anliegen vertreten, unterstützt durch die Elternvertreterin. Hier eine kleine Zusammenfassung der Ausführungen.

Der Schulcampus Bäumlhof an der Strasse Zu den drei Linden kann mit Recht als grösster Schulstandort von Basel bezeichnet werden. Insgesamt besuchen ca. 2'500 Schüler:innen vom Kindergarten bis zum Gymnasium eine der Schulen auf dem Campus. Zudem nutzen auch viele Vereine die Räumlichkeiten. Die Strasse Zu den drei Linden ist eine kleine, schmale Strasse, die aber zu Stosszeiten völlig überlaufen ist, insbesondere die zahlreichen Elterntaxis, die ihre Kinder im Halteverbot aussteigen lassen und dann wieder Richtung Allmendstrasse weiterfahren, verstopfen die Strasse. Einzelne Velofahrende weichen dann auf das Trottoir aus und es entsteht regelmässig ein Verkehrschaos. Diese Situation überfordert insbesondere jüngere Schüler:innen und ist auch gefährlich.

Um dies zu entschärfen, schlägt die Petentschaft vor, dass die Strasse Zu den drei Linden von der Bäumlhofstrasse bis zum Olsbergerweg zu einer Schulstrasse nach dem Rahmenkonzept des VCS umgewandelt werden soll. Dies würde keine baulichen Massnahmen erfordern und die Zufahrt zum Ausbildungszentrum des Zivilschutzes für Behindertentransporte und für den Güterumschlag sei weiterhin möglich. Auf Rückfrage bestätigten die Schüler, dass die Petition von allen Schulleitungen mitgetragen wird. Das Problem mit den Elterntaxis werde von den Schulleitungen und den Elternräten immer wieder thematisiert und die Eltern werden angesprochen und auf die Bedeutung des Schulwegs als Erlebnis für die Kinder hingewiesen, allerdings leider mit wenig Resonanz.



Der Vertreter des BVD bestätigte, dass das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit, KOGESSI, sich schon mehrmals mit der Strasse Zu den drei Linden befasst habe. In den letzten zehn Jahren wurden fünf Unfälle registriert, zwei davon mit Personenschaden, die jedoch entweder in der Nacht oder tagsüber ohne Bezug zur Schule passiert sind. Damit von Verwaltungsseite ein Fahrverbot angeordnet wird, müssen drei Kriterien erfüllt sein: Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit. Basierend auf diesen drei Kriterien sei die KOGESSI zum Schluss gekommen, hier nichts zu unternehmen.

Anerkannt wurde vom Vertreter der Verwaltung schliesslich aber doch, dass es immer wieder Rückmeldungen aus der Bevölkerung und eben diese Petition gibt. Hier wurde eine Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden festgestellt. Viele Schüler:innen und auch deren Eltern seien der Meinung, die Sicherheit auf diesem Strassenabschnitt sei nicht ausreichend. Aus diesem Grund erklärte sich der Vertreter des BVD trotz der Vorbehalte der KOGESSI bereit, die Situation noch einmal vertieft zu prüfen und nach einer möglichst befriedigenden Lösung zu suchen. Er verwies auch auf die im April überwiesene Motion von Tonja Zürcher betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umzusetzen». Die Überweisung dieser Motion bedeute einen Auftrag, die Schulwege innerhalb von vier Jahren sicherer zu machen, und dieser Auftrag werde von der Verwaltung ernst genommen. Eine Sperrung der Strasse sei jedoch nicht einfach durchsetzbar und das im Petitionstext erwähnte Konzept der Schulstrasse sei noch nirgends umgesetzt worden. Zudem seien Schulstrassen rechtlich nicht verankert.

Das Thema Schulwegsicherheit ist gemäss PetKo ein politisches Thema mit hoher Priorität. Diese Petition ist nicht die erste, die sich um dieses Thema dreht. Die Kommission stufte die von den Schülern geschilderte und von der Elternvertretung mit Fotos belegte Situation als untragbar ein. Sie sah sich aber ausserstande zu beurteilen, welche Massnahmen sich für die Erhöhung der Schulwegsicherheit beim Campus Bäumlhof eignen. Die Kommission unterstützt das Anliegen der Petition grundsätzlich und kann sich ein temporäres Fahrverbot in der Strasse Zu den drei Linden durchaus vorstellen. Sie beantragt dem Grossen Rat wiederum einstimmig, die Petition Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Bearbeitung der Motion betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen» von Tonja Zürcher zu überweisen. Die Kommission bittet den Regierungsrat, eine Lösung zu suchen, die nicht erst in ein paar Jahren umsetzungsreif ist, sondern auch Sofortmassnahmen in Betracht ziehe, insbesondere die Aufhebung einiger Parkplätze im Eingangsbereich zum Kindergarten und Schulhaus Hirzbrunnen wird explizit als mögliche Sofortmassnahme genannt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Redner:innenliste steigen, möchte ich unseren Besuch begrüßen. Auf der Tribüne begrüße ich eine Klasse von Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden des Campus für Gesundheit Münchenstein, Lernende von Basel-Landschaft wie auch von Basel-Stadt, die im Gesundheitsbereich ausgebildet werden. Die Klasse ist mit Lehrperson Katharina Wolf hier und ihre Leitfrage im Unterricht lautet «Leben wir in der besten Demokratie der Welt?» Schön, dass euch dieses Thema zu uns führt. Herzlich willkommen. (Applaus).

Nun kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Für die BastA hat das Wort Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Als Präsidentin der Schulkommission des Bäumlhofgymnasiums weiss ich, dass das Begehren dieser Petition intern schon seit mehreren Schülergenerationen auf dem Tisch liegt. Sie war schon auf der To-Do-Liste, bevor ich mein Amt übernommen habe. Der Wunsch des Schülerrates, endlich eine bessere Situation für alle drei Schulen sowie den Kindergarten erreichen zu können, war schon länger am Brodeln. Morgens gehen auf diesen paar 100 Metern, wir haben es gehört, mehrere Tausend Kinder und ja, der Strassenraum ist eng und die Bedürfnisse sind vielfältig. Die Petitionskommission zeigt diesen Aspekt sowie mögliche Lösungen sehr gut auf und fordert die Verwaltung auf, auch hier etwas zu tun.

Allerdings überzeugt mich die Haltung der Verwaltung im Bericht nicht, und zwar überhaupt nicht. Schulen können jedes Jahr ihre Appelle durchführen, mit immer neuen Schüler:innen kommen eben auch immer neue, nicht unbedingt einsichtige Elterngenerationen an die Schulen. Dies ist deshalb auch eine wirklich gröbere Sisyphusarbeit für die Schulen, die viel zu viel Zeit verbraucht. Ich bitte Sie deshalb wirklich, dieses Anliegen ernst zu nehmen und mit der Umsetzung eine klare technische Verbesserung wieder zurückzukommen, und zwar zeitgerecht. Schulstrassen sind okay, hier darf meiner Ansicht nach auch an einen Poller gedacht werden, dieser ist für die Sicherheit von 2000 Kindern und die Lehrkräfte sicherlich nicht verschwendet.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, die vorliegende Petition der Regierung zur Umsetzung, und zwar in zeitlich übersichtlichem Rahmen, zu überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: War das ein Antrag zur Stellungnahme oder zur abschliessenden Behandlung?

Brigitta Gerber (BastA): Zur abschliessenden Behandlung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank. Die nächste Fraktionssprecherin ist Silvia Schweizer für die FDP.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion teilt das Anliegen der Petition, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen und das Problem der Elterntaxis zu entschärfen. Dennoch betrachten wir die Petition als erledigt, da die vorgeschlagene Umsetzung nicht praktikabel ist. Und glauben Sie mir, ich ging dort schon in die Primarschule und alle meine Kinder gingen auf diesen Campus.

Das Konzept der vorgeschlagenen Schulstrasse ist rechtlich nicht verankert. Die Signalisation und Durchsetzung eines Fahrverbots mit Ausnahmen wäre viel zu kompliziert und fehleranfällig. Eine Sperrung würde das Problem der Elterntaxis lediglich auf andere Strassen, namentlich auf die Bäumlhofstrasse verschieben und die Situation für Anwohner, Schüler und Verkehrsteilnehmer verschärfen. Dass sich gemäss Petitionskommission die breite Bäumlhofstrasse deutlich besser eignet zum Aussteigenlassen der Kinder als die schmale Strasse zu den drei Linden kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bäumlhofstrasse zwischen Basel und Riehen beträgt in der Regel 50 Stundenkilometer. Da lässt man bestimmt keine Kinder ein- und aussteigen. Pollerabschränkungen und Ausnahmebewilligungen verursachen erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand, ohne die Sicherheit nachhaltig zu verbessern.

Wir von der FDP befürworten gezielte Massnahmen wie Halteverbotszonen, die Aufhebung von Parkplätzen vor Schuleingängen und die verstärkte Sensibilisierung der Eltern durch die Schulleitungen. Diese sind einfacher, wirkungsvoller und auch schneller umzusetzen. Wir betrachten die Petition als erledigt und vertrauen darauf, dass der Regierungsrat realistische und nachhaltige Massnahmen zur Schulwegsicherheit im ganzen Kanton entwickelt, wie es auch die Motion Zürcher verlangt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Auch die SVP beantragt Ihnen, diese Petition für erledigt zu erklären. Die Verkehrssicherheit, welche als wichtiges Argument hier aufgeführt wird, ist selbstverständlich auch uns ein Anliegen. Deshalb haben wir volles Verständnis, dass die Höchstgeschwindigkeit in dieser Strasse vor vielleicht 20 Jahren von 50 auf 30 heruntergeschraubt wurde und vor einigen Jahren weiter von 30 auf 20 heruntergeschraubt wurde, dass auch der Zweiwegverkehr zu einem Einbahnregime geändert wurde und somit jede Menge Massnahmen ergriffen wurden bereits, um die Verkehrssicherheit dieser Strasse zu erhöhen. Die Petentschaft fordert jedoch nicht, dass man mit Mofas, E-Bikes, E-Trotinetts und selbstverständlich mit Velos hier nicht mehr durchfahren darf. All diese Zweiradfahrzeuge dürfen auch im Gegenverkehr hier weiterhin durchfahren und Sie wissen alle, meine Damen und Herren, für diese Verkehrsteilnehmer ist die Höchstgeschwindigkeit 20 häufig eine Empfehlung, aber selten verbindlich. Das heisst, wenn wir von Verkehrssicherheit sprechen, dann müssen wir auch diese Verkehrsteilnehmer hier mit einbeziehen. In der Litanei von Ausnahmen, die von der Petition vorgeschlagen wird, wahrscheinlich im Wissen darum, wie schwierig es ist, dieses Anliegen umzusetzen, fällt zudem auch auf, dass man für die Lastwagen den Güterumschlag weiterhin zulassen will. Ja, logisch, die Mensa braucht weiterhin Nahrungsmittel und die müssen irgendwie dahingebacht werden. Ich betreibe selbst Lastwagen, ich kann Ihnen sagen, wenn Sie den Güterumschlag weiterhin zulassen, dann werden genau gleich viele Lastwagen weiterhin dahinfahren wie bisher, weil es käme keinem Lastwagenfahrenden in den Sinn, diese Strasse zu nutzen, wenn er nicht unbedingt dahinfahren muss, um etwas auszuliefern oder abzuholen. Das heisst also, auch bei den Lastwagen erreichen Sie hinsichtlich der Verkehrssicherheit mit dieser Petition rein gar nichts.

Deshalb mein Verdacht, es geht hier nicht um Verkehrssicherheit, sondern es geht ausschliesslich um das Thema Elterntaxis. Und ja, da habe ich sogar ein gewisses Verständnis dafür. Ich habe meine drei Kinder in meinem Leben nie in den Schulunterricht gebracht oder vom Schulunterricht abgeholt mit dem Auto, nie. Auch ich finde es falsch, wenn die Eltern das Gefühl haben, dass man damit den Kindern einen Gefallen tut. Es mag Situationen geben, ich denke an einen Beinbruch oder weiss ich was, wo das selbstverständlich nachvollziehbar ist, dass man jemanden abholen muss oder bringen muss, aber in der Regel sollte das nicht nötig sein.

Aber wenn wir jetzt das konsequent zu Ende denken, wollen wir dann wirklich jede Schulzufahrtsstrasse von jeder Seite in Zukunft mit einem Fahrverbot versehen? Weil dann sind wir konsequent. Dann dürfen wir aber nicht über eine Schule und



eine Strasse zu dieser Schule sprechen, sondern dann müssen wir das Thema grundsätzlicher angehen und dann, Sie sehen es, sind Verkehrsmassnahmen der falsche Weg und dann müssen wir das wirklich über die Schulung von Eltern und über Massnahmen gegenüber den Eltern, auch wenn das jedes Jahr neue Eltern sind, tun und nicht über Verkehrsleitmassnahmen.

Ich habe vorhin gesagt, ich habe meine Kinder nie zum Schulunterricht gebracht, trotzdem war ich auch Elterntaxifahrer und zwar genau zu dieser Schule und etliche Male. Meine Töchter haben Kunstturnen gemacht, die eine hat mit vier Jahren begonnen, die andere mit fünf Jahren. Der Kunstturnunterricht endet um 20 Uhr und ich glaube nicht, dass sie erwarten, dass 4- bis 5-jährige Mädchen um 20 Uhr im Winter bei Dunkelheit alleine mit dem ÖV nach Hause gehen. Vom Fahrrad wollen wir schon gar nicht sprechen. Da komme ich nicht darum herum, die abzuholen und ja, da habe ich dann auch das Auto eingesetzt. Und meine Töchter sind beileibe nicht die einzigen jungen Mädchen gewesen, die das gemacht haben und entsprechend war ich auch beileibe nicht der einzige Papa, der sie abgeholt hat. Das heisst in der Konsequenz, wenn diese Petition umgesetzt würde, dann könnte Kutu Basel den Kunstturnunterricht nicht mehr in diesem Campus durchführen. Da müssen wir einfach einen anderen Campus suchen für die. Es hat auch eine Schwimmhalle dort. Sie wissen, es gibt nicht wahnsinnig viele Schwimmhallen in Basel, also müssen Sie auch für Kleinkinderschwimmkurse eine andere Lösung suchen. Und irgendwann wird das Ganze einfach nicht mehr zu managen.

Entsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, dass wir diese Petition, die so nicht umsetzbar ist, für erledigt erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Diese wird entgegengenommen.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Mich nimmt es Wunder, wie viele Schülerinnen und Schüler oder Kunstturnerinnen und Kunstturner oder Schwimmerinnen und Schwimmer um 20 Uhr abends gleichzeitig abgeholt werden müssen. In diesen Zeiten, die prekär sind bei der Schule, sind es extrem viele Kinder in einem Moment.

Lorenz Amiet (SVP): Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele das sind, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich um 20 Uhr auch schon Probleme hatte, das Auto abzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Alex Ebi. Sie wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Wäre es nicht möglich, die Zufahrtberechtigung ab 17.30 Uhr abends wieder zu gestatten?

Lorenz Amiet (SVP): Dann möchten Sie also, dass ich die vier- bis fünf-jährigen Töchter zwar abholen, aber nie hinbringen darf?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin für die Mitte/EVP.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin hier Fraktionssprecherin, aber natürlich, das wissen Sie, auch direkt betroffen als Lehrperson am Gymnasium Bäumlhof. Man muss diese Situation ein bisschen erlebt haben. Wenn man es beschönigen will, kann man sagen, es ist ein Erlebnis morgens um 10 vor 8 Uhr auf dieser Strasse, vergleichbar mit einem Weltcupslalomrennen im Umfeld des Morgenstreichs. In dieser Art fühlt sich das an, wenn man mit dem Fahrrad zur Schule kommt. Es wuselt von unzähligen Kindern, von sehr Kleinen zu Fuss über auf dem Trottinett, zu Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Lehrpersonen, die dort unterwegs sind mit verschiedenen Verkehrsmitteln, vor allem Velo, zu Fuss und Trottinett. Und vielleicht, wenn man weiss, wie Primarschulkinder unterwegs sind, dann ist man auf dem rechten Trottoir, der beste Kollege läuft links und zack, geht man schnell rüber, als Velofahrer bremst man. Das ist schon ohne Autos, zugegebenermassen, ein Erlebnis.

Früher war das Erlebnis noch toller, als nämlich frisch auch das Gymnasium um 8 Uhr begonnen hat, ist wirklich immer pünktlich um Viertel vor acht noch die Müllabfuhr durch die Strasse gefahren. Das hat sich jetzt zum Glück geändert. Nun kommen in diesen Mix hinein noch diese Autos, die erstens auf der Strasse, wenn sie fahrend unterwegs sind, zusätzlich verstopfen, aber auch im Moment des Anhaltens die Übersichtlichkeit verschlechtern.



All dies muss man vor Augen haben. Es ist also darum weniger ein Erlebnis, auch wenn ich es jetzt so geschildert habe, sondern eine Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, bis zur Schule zu kommen, ohne jemanden über den Haufen zu fahren und ohne Herzinfarkt, wenn man zehn Mal abrupt bremsen musste. Das ist der Hintergrund. Und schon seit einiger Zeit gab es immer wieder Bemühungen, erstens Sensibilisierung der Eltern. Dem stimme ich zu, leider nutzt es nicht. Die Schulleitungen versuchen wirklich sehr konsequent an Elternabend, mit den Briefen an die Eltern von der Schulleitung her und so weiter zu sensibilisieren, dass es nicht gut und nicht sinnvoll ist, ein Elterntaxi zu betreiben. Und es scheint halt nicht bei allen anzukommen. Es ist auch so, dass auch andere Fragen, wie man es lösen konnte, bisher keine Konsequenz hat. Nun hat die Schülerorganisation des Gymnasiums Bäumlhof das an die Hand genommen und versucht, über eine Petition auf eine andere Weise eine Wirkung zu erzielen. Und mir scheint, jetzt wird der Schülerorganisation um die Ohren geschlagen, dass sie nicht einfach hingeschrieben haben, liebe Petitionskommission, lieber Grossrat, ändert doch etwas, dass es besser wird, sondern dass sie sehr differenzierte Abklärungen vorgenommen haben und einen recht differenzierten Vorschlag machen, der jetzt möglicherweise vielleicht nicht das Gelbe vom Ei ist, weil es noch andere Dinge zu bedenken gibt. Jetzt zu sagen, wir müssen das als erledigt abschreiben, weil diese Petenten eigentlich zu gut gearbeitet haben für Petenten – die haben eigentlich fast schon Verwaltungsarbeit verrichtet in ihren Abklärungen – deshalb die Petition als erledigt zu erklären, obwohl schon in der Diskussion in der Petitionskommission andere Zugänge und Möglichkeiten angesprochen wurden, scheint mir jetzt der falsche Weg. Statt zu sagen, also gut, da ist ein Problem, es wurde über Jahre versucht, das zu ändern, es ist nichts passiert, jetzt haben das sogar Schüler an die Hand genommen und sich hoch engagiert eingebracht. Jetzt muss das wirklich angegangen werden, nicht auf St. Nimmerleinstag hinausgeschoben werden. Jetzt sagen wir, die Regierung soll das bitte schön klären und eine Lösung präsentieren, die irgendwo diese Situation verbessert. Das scheint mir einfach angebracht, das jetzt nicht so abzuschmettern mit diesen vorgebrachten Argumenten.

Zur Frage der LKWs: Die LKWs kommen zum Glück nicht um 10 vor 8, weil auch die Mensa-Zulieferer erstens sowieso früher kommen müssen, weil die Mensa schon das Material braucht oder dann kommen sie tagsüber für den nächsten Tag. Das ist eigentlich nicht das Problem in dieser Zeit. Und ja, es geht auch um die Elterntaxis und diese Probleme, aber nicht ausschliesslich, wenn man eben dieses Erlebnis regelmässig hat, dann weiss man, dass es nicht nur darum geht, diesen Elterntaxis per se aus pädagogischen Gründen einen Riegel vorzuschieben, sondern weil es wirklich auf der Strasse unangenehm ist, unterwegs zu sein.

Dann ist es auch nicht so, dass jetzt für jede Schule an jedem Ort das sein muss, denn es steht ja im Text, es wurde auch gesagt vorhin von der Petitionskommissionspräsidentin, an dieser Strasse sind vier Schulen, das ist nicht eine Schule, vier Schulen, 2'500 Menschen, die da unterwegs sind. Das ist nicht wie jede Strasse, an der eine Schule ist, sondern es ist eine spezielle Situation.

Und das Problem mit dem Sport: Es steht im Text der Petitionskommission, man könnte auch eine Sperrung von 7 bis 17 Uhr machen. Das ist ja nicht in Stein gemeisselt. Vielleicht kommt man zum Schluss, dass 16.30 Uhr reicht, weil ja zum Beispiel die Primarschule doch um 16 Uhr Schulende hat und dann die Menge der Schülerinnen und Schüler, die gleichzeitig unterwegs sind, abnimmt. Und vor 16.30 Uhr sind noch keine ausserschulischen Belegungen in den Turnhallen. Und so nebenbei, man kann das Kind ja auch mit dem ÖV oder mit dem Velo mit Anhänger bringen.

Also, das sind ein paar Gründe, warum ich Sie doch sehr bitten möchte, jetzt nicht einfach hier das Kind mit dem Bad auszuschütten, sondern zu sagen, dass man dieses Problem angeht und darum der Regierung die Petition zur Weiterbehandlung überweist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Besten Dank für Ihre Idee, die Kinder mit dem Veloanhänger hinzubringen. Kennen Sie das Einzugsgebiet von Kutu Basel?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich sage ja auch, dass man es natürlich nicht primär darüber lösen soll, dass bei der Abklärung geschaut wird, was ein sinnvoller Zeitrahmen ist, falls es ein temporäres Verbot sein soll, und dann ist es vielleicht eben ab 16.30 Uhr. Der andere Vorschlag ist nur, weil Sie Schwierigkeiten haben, einen Parkplatz zu finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Jo Vergeat für die GRÜNEN/jgb..

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich weiss gar nicht, ob ich jetzt noch ein besseres Plädoyer hinbekomme, als das, das wir schon gehört haben, aber ich möchte einfach noch einmal kurz darauf hinweisen, dass wir keinen Gesetzesvorschlag diskutieren



und keine zwingende Motion, sondern eine Petition. Sie hat einen Vorschlag gemacht. Wir haben in der Petitionskommission extrem sachlich und ruhig darüber diskutiert, dass wir hier Lösungen finden müssen. Wir waren uns als Petitionskommission einig, dass diese Situation unhaltbar ist. Wir haben Bilder gesehen, wir haben Schilderungen gehört und was ich eigentlich das Eindrücklichste finde, ist, dass hier Leute erzählen von ihren Kindern – ich habe keine Kinder, ich ging auch nicht da zur Schule – und trotzdem ist das schon ein Thema seit über gefühlten 25 Jahren. Also das ist ein Riesenthema, diese Schule wurde grösser, wir haben die Zahl von 2'500 Schüler:innen gehört. Das fängt an bei ganz kleinen Kindergärtner:innen, denen wir wünschen, dass sie ihren Kindergartenweg alleine bewältigen können. Ja, diese Wege sind schwierig, sie sind auch schwierig für Primarschüler:innen in der Innenstadt, wir haben die Diskussionen ständig, aber die Bilder, die man da sieht und diese unterschiedlichen Niveaus von Schüler:innen, die da an diesen Ort gelangen müssen, sind wirklich ausserordentlich für mich.

Und was ich auch wirklich beeindruckend finde, ist, dass wir uns immer wünschen, dass Kinder und Jugendliche lernen, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen, mitzudenken. Hier haben wir jetzt Gymnasiasten, die sich einsetzen für die Kleinsten, weil sie gerade selbst festgestellt haben, dass sie als Grosse schon fast Erwachsene auf dem Velo diese Situation meistern können, aber dass eben die Kleinen das nicht können. Ich weiss nicht, ob sie mal bei der Rittergasse waren, wenn die Schule losgeht. Sobald diese Kinder das Schulhaus sehen, schauen sie nicht mehr ganz so genau hin, wo die Strasse ist. Und da handelt es sich nur um eine Begegnungszone und das ist schon gefährlich.

Hier haben wir jetzt eine Seitenstrasse, die wirkt gar nicht so gefährlich wie eine Hauptstrasse, weil man hat nicht immer das Gefühl, da kommt etwas. Darum sind die Kinder sowieso wenig aufmerksam,. Man hat keine Fussgängerstreifen, das heisst, wir wissen gar nicht genau, was wir den Kindern erklären. «Schaut links und rechts, aber geht nicht zwischen den Autos, aber schaut hinter dem Auto langsam hervor.» Aber auf der anderen Seite wartet vielleicht das Gespänli und man ist ganz aufgeregt.

Also dass wir hier reagieren müssen und dass es jetzt den Grossen Rat braucht, damit da jetzt wirklich etwas geschehen kann, das können wir nicht leugnen, und Erledigen wäre ein falsches Zeichen, auch wenn ich nachvollziehen kann, dass es Massnahmen gibt, die sich vielleicht nicht eignen und dass wir über diese diskutieren. Aber das hier einfach als erledigt abzuschreiben, das finde ich fast ein bisschen feige, weil wir dann einfach sagen, also bitte schaut, wie das weiter vor sich hinrödelt, wir haben jetzt mehrere Versuche durch unterschiedlichste Gremien, aber wir als Grosser Rat nehmen das nicht ernst. Doch, wir nehmen das ernst, wir nehmen die Schulsicherheit ernst. Und da bin ich überzeugt, das macht auch die SVP und die FDP und darum ist Erledigen einfach das falsche Zeichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn wir die Schulsicherheit ernst nehmen wollen, sind Sie dann mit mir einig, dass wir eigentlich auch E-Velos, E-Trotinetts und Mofas und so weiter dort verbieten müssten?

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich bin vielleicht nicht per se für ein Verbot, aber wenn man diesen Weg sperrt, dann können wir diskutieren, was eine solche Sperrung bedeutet. Ich bin da tatsächlich nicht ganz abgeneigt, denn ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass viele E-Fahrzeuge auf keine Temporeduzierung eingehen. Oder man überlegt sich, welche Tempo reduzierende Massnahmen es gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ismail Mahmoud für die SP.

Ismail Mahmoud (SP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr viel hinzuzufügen, es wurde schon so viel gesagt. Die Schulwegsicherheit ist enorm wichtig, sie geniesst auch zu Recht diese hohe Priorität, das zeigt ja auch die Überweisung der Motion Zürcher Schulwegsicherheit. Wir haben gehört, die Situation ist eigentlich untragbar, es ist unsicher, es ist ein riesiges Durcheinander, man kann es als Erlebnis, als grosse Herausforderung sehen, aber eigentlich geht das so auf keinen Fall.

Ich möchte eigentlich an dieser Stelle nur daran erinnern, was die Möglichkeiten der Petitionskommission grundsätzlich sind. Die Petitionskommission kann Petitionen zur Stellungnahme an den Regierungsrat überweisen. Das heisst, wir wollen noch mehr wissen, wir stellen Rückfragen, bekommen dann eine Stellungnahme und können dann wieder weiterschauen. Wir können sie erledigen, wenn das Anliegen komplett abwegig ist oder das Anliegen sich erübrigt hat im Hearing, dann kann man zu Recht sagen, erledigen, dann muss man die Verwaltung nicht weiter beschäftigen. Oder wir überweisen zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat. In diesem Fall, bei den Drei Linden, wo es deutlich ist, dass diese Situation enorm schwierig ist, wo sich alle einig sind, dass das eigentlich so nicht geht – die Verwaltung sieht das Problem,



die Petitionskommission hat das Problem gesehen – ist es nur folgerichtig und fair auch der Petentschaft gegenüber, dass man das dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweist.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss mich als Grossrat jetzt doch auch noch einschalten zu dieser Diskussion. Ich bin der Grossrat, der am nächsten zu dieser Strasse wohnt, seit 62 Jahren. Ich kenne die Lage dort und ich weiss, wovon ich rede. Ich möchte auch jetzt einordnen, was meine Vorredner gesagt haben.

Brigitte Gysin hat richtig gesagt und das hat vorher keiner angesprochen, man müsste das Problem lösen über den Bus. Ich bin heute Morgen kaum in den Bus hineingekommen, weil er voll ist mit Schülern in beiden Richtungen. Man müsste mehr Busse einsetzen. Das ist wieder das Problem der BVB. Ich zahle das Billett oder auch nicht und ich komme nicht in den Bus oder muss stehen.

Silvia Schweizer hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen. Ich kann mich nicht mehr an Sie erinnern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit der Verkehrssicherheit nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen und darum, Herr Präsident, darf ich auch mit Stolz sagen, dass ich auch dort in der Primarschule gewesen bin, 1970 bis 1974, und Silvia Schweizer 1969 bis 1973. Und es ist schön, wenn man dann seine Mitschüler von damals wieder sieht, auch wenn ich mich nicht mehr erinnern kann.

Ich komme aber jetzt zu meinen Argumenten. Denn vieles ist gesagt worden, aber die wichtigen Aspekte sind vergessen worden. Jo Vergeat hat richtig gesagt, sie sei dort nicht zur Schule gegangen, damit hat sie auch nicht die Erfahrungswerte wie wir. Viele reden hier, obwohl sie sich in diesem Quartier nicht auskennen und obwohl sie dort gar nicht wohnen und nicht täglich sehen, wie der Bus wegen dieser Schulen verstopft ist.

Nach mir kommt mein Nachbarn, Alex Ebi, ich freue mich schon auf seine pointierte Rede. Die Diskussionen, die wir hier führen, sind vollkommen unklar. Die Petition, die ich lesen wollte, aber von Heidi Mück nicht erhalten habe, müsste den Inhalt haben, dass man mehr Busse einsetzen müsste. Ich habe selbst viele Kinder, die auch in die Schule gegangen sind. Wir haben über die Elterntaxis gesprochen. Das Problem ist, dass das eigentlich so nicht in Ordnung ist und dass man das nicht machen sollte. Es gibt viele Städte, wo die Polizei, wenn die Schulen neu anfangen, den Eltern bei den Schulen sagen, mit den Elterntaxis aufzuhören, weil sie einfach die Strassen verstopfen. Und es werden Bussen verteilt, weil man dort, wo die Elterntaxis stehen, gar nicht halten darf. Die Polizei Basel müsste halt auch, wenn das neue Schuljahr anfängt, dort patrouillieren und Parkbussen verteilen. Sie werden sehen, wenn einer 100 Franken Strafe zahlen muss, dann kommen die nicht mehr so schnell mit dem Elterntaxis und bringen die Kinder zu Fuss in die Schule.

Noch einmal, als Anwohner bin ich gegen die Petition und ich muss sagen, das Hirzbrunnenquartier ist ein ruhiges Quartier, wo man keinen Verkehrsstau hat. und ich finde die Petition, die Sie Heidi Mück hier präsentieren, ist vollkommen an den Haaren herbeigezogen und ist einfach nicht nötig. Ich bin wie die SVP und Lorenz Amiet gegen die Petition.

Lorenz Amiet hat auch richtig gesagt, man könnte das lösen mit dem Bus. Man hat das Ross falsch aufgezüht mit dieser Petition, man hat den Bus vergessen, man hat die Polizei vergessen. Und zum Schluss muss ich noch sagen, dass ich der einzige Grossrat war, der an dem Infoanlass beim Bäumlhof war vor vier Jahren wegen des Asylheims, das man dann doch nicht gebaut hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich bin in diesem Quartier natürlich auch daheim, schon ganz viele Jahre. Ich bin dort in die Schule gegangen, meine Kinder sind dort in die Schule gegangen und haben auch etwa einen Kilometer zu Fuss gehen müssen. Es hat ganz grosse Ausnahmen gegeben, dass ich meine Kinder auch in die Schule fahren musste. Abends bin ich 20 Jahre lang dort ins Training gegangen, also auch diese Situation kenne ich, wenn es dunkel wird. Und als dann auch meine Kinder dort trainiert haben und abends um 8 Uhr im November bei Nieselregen nach Hause gehen mussten, war das ein bisschen unheimlich. Darum finde ich es super, dass die jungen Menschen, die dort in die Schule gehen, jetzt diese Petition



eingereicht haben, weil sie sich ernsthaft Gedanken machen. Und das machen wir uns alle schon seit Jahrzehnten, nur unternommen hat nie jemand etwas.

Jetzt wurde die Petition eingereicht, und wir sollten sie ganz bestimmt nicht als erledigt anschauen, sondern sicher auch der Regierung die Chance geben, ernsthaft darüber nachzudenken, denn das dort etwas geändert werden muss, ist klar. Ein Fahrverbot während 24 Stunden würde ich jetzt nicht gerade empfehlen würde, aber vielleicht eines morgens von 7 Uhr bis 9 Uhr, sodass die Elterntaxis nicht hineinfahren können, was schon sehr, sehr viel entflechten würde. Und ob man die Kinder dann am Mittag auch noch abholen muss, weiss ich also nicht.

Ja, die Autos sind grösser geworden, es fahren auch viel mehr Auto und die Kinder werden vermehrt in die Schule gebracht. Die Velos sausen herum, die Elektrotrottinetts ebenso, frisiert sind sie auch noch und das wird tatsächlich gemischt mit diesen kleinen Kindern, die dort in die Primarschule gehen. Das ist tatsächlich viel zu viel und wir müssen eine Entflechtung hinbekommen, davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ich finde es super, dass sich die Jungen hier einmal den Stift vorgenommen haben und das Ganze in Bewegung gebracht haben. Dankeschön.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Das Wort geht an Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Vielen Dank für die emotionale und engagierte Diskussion. Nur ganz kurz: Ja, das Anliegen ist nicht so einfach umzusetzen, das haben wir als Petitionskommission erkannt und wir haben das auch zugegeben. Es sind jetzt in der Debatte schon wieder sehr viele Ideen präsentiert worden. Ich hoffe, die werden aufgenommen, wenn die Petition dann hoffentlich an den Regierungsrat überwiesen wird. Einfach noch eine kleine Information: Das neu gebildete Schülerparlament der Primarschule Hirzbrunnen hat als eines der ersten an dieser Strasse einen Fussgängerstreifen gefordert, weil auch sie als Primarschüler sich dazu äussern und sich für diese Situation einsetzen. Und ich möchte Sie wirklich bitten, diese Forderung der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Silvia Schweizer und Lorenz Amiet beantragen, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007135, 17.09.25 10:03:28]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen mit 74 gegen 22 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Geschäft ist erledigt.

23. Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo

[17.09.25 10:03:42, 24.5490.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort für die Petitionskommission hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Es handelt sich um eine weitere Petition aus dem Mädchenparlament, diesmal heisst sie «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag». Sie möchte konkret, dass Freizeitangebote und Hausaufgaben fest in den Schulalltag integriert werden, sowie eine gerechte Balance zwischen Lernen und Freizeit. Die Petition ist im November 2024 im Mädchenparlament entstanden, sie wurde im Dezember der PetKo überwiesen und das Hearing mit Vertreterinnen der Petenschaft und der damaligen Leiterin Primarstufe der Volksschule und der jetzigen Ko-Leiterin Volksschulen fand im Mai dieses Jahres statt.

Erst im Hearing wurde klar, dass die Forderungen der Petition primär die Sekundarschule betreffen. Die beiden Vertreterinnen äusserten den Wunsch, dass nach Schulschluss jeweils wirklich Feierabend sein und die verbleibende Zeit für Hobbys und andere Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen soll. Um dies zu ermöglichen, sollen die Hausaufgaben und Prüfungsvorbereitungen in den Schulalltag integriert und während der Präsenzzeit erledigt werden. Die in den staatlichen Sekundarschulen angebotene Hausaufgabenhilfe sei keine Lösung, da sich die Präsenzzeit an der Schule damit erhöhe.

Für die geforderte Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan sollen gemäss den beiden Vertreterinnen der Petenschaft zum Beispiel am Donnerstagnachmittag zwei Lektionen für jene reserviert werden, die ein Hobby haben. Wer kein Hobby habe, könne seine Hausaufgaben in der Schule erledigen. Auf Nachfrage der Kommission äusserten die beiden Schülerinnen, dass es ihnen bewusst sei, dass sich mit der Integration von Freizeitaktivitäten oder Erledigung von Hausaufgaben die Präsenzzeit an der Schule verlängern würde. Sie brachten die Idee auf, dass die Schule insgesamt länger offen stehen solle, zum Beispiel schon um 7 Uhr morgens statt um 8 Uhr. Sie wünschten sich, dass mehr in der Schule, weniger zu Hause gelernt werde, was auch die Balance zwischen Lernen und Freizeit verbessern würde.

Die Vertreterin des ED bezeichnete die Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan als zumindest ansatzweise vorhanden und verwies auf den freiwilligen Schulsport, Freifächer und Bildungslandschaften. Da die Schulen diesbezüglich eine gewisse Autonomie haben, riet sie den Schülerinnen, sich über das Schulparlament direkt in die jeweilige Schule einzubringen oder auf ihre Lehrpersonen zuzugehen. Auch die Volksschule befasste sich mit dem Thema der Balance zwischen Schule und Freizeitaktivitäten und hat dazu eine Vision erarbeitet, bei der es darum geht, die Schule in 365 Tagen zu denken. Die Schulinfrastrukturen könnten demgemäss länger als bisher und auch für ausserschulische Aktivitäten genutzt werden. Allenfalls liesse sich auch die Präsenzzeit in der Schule anders auf das Jahr verteilen. Sie versicherte, dass die Gedanken der Petenschaft zur zukünftigen Gestaltung des Schulalltags in die Umsetzung dieser Vision einfließen würden.

Zu den Hausaufgaben meinte die Vertreterin des ED, dass es schon im Namen ersichtlich sei, dass es um Aufgaben geht, die zu Hause gemacht werden. Mit Hausaufgaben sei auch das Ziel verbunden, einmal etwas ohne Unterstützung zu tun. Hausaufgaben zu geben sei im Übrigen keine Pflicht, die Lehrpersonen dürfen, aber sie müssen keine Hausaufgaben geben. Die Leitung der Volksschulen nehme darauf keinen Einfluss, wie die einzelnen Schulen dies handhaben.

Die dritte Forderung ist nach der Meinung der Vertreterin des ED unbestritten. Schülerinnen sollen nicht nur lernen, sondern auch Freizeit haben. Rückmeldungen aus der Klasse seien wichtig, die Schülerinnen sollen und dürfen sich kritisch mit den Hausaufgaben auseinandersetzen.

Die Petitionskommission beurteilte die Forderungen der Petition unterschiedlich. Die Integration von Freizeitangeboten in den Schulalltag, indem zum Beispiel die Hobbys aller Schülerinnen einer Klasse in einem fixen Zeitfenster stattfinden sollen, wurde aus organisatorischen Gründen als schlicht unrealistisch beurteilt. Die Forderung nach einer gerechten Balance zwischen Lernen und Freizeit erschien der PetKo allzu vage. Gleichzeitig ist der Petitionskommission jedoch bewusst, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit psychischen Problemen tendenziell zunimmt. Dazu bittet die PetKo den Regierungsrat um eine fachliche Einschätzung der Situation: Wie geht der Regierungsrat damit um, dass viele Schüler:innen von Stress und zu hoher Belastung reden und der Meinung sind, dass die Balance zwischen Lernen und Freizeit nicht ausgewogen sei?

Zur Forderung, dass Hausaufgaben möglichst während der Schulzeit erledigt werden können, wurde festgestellt, dass an den Tagesstrukturen der Sekundarschulen die Hausaufgaben erledigt werden können und sogar eine Hausaufgabenbetreuung angeboten wird. Die Tagesstrukturen an den Sekundarschulen seien kostenlos und freiwillig. Dieses Angebot ist nach Meinung der PetKo ein wertvolles Angebot, da nicht alle Kinder und Jugendlichen zu Hause ideale Bedingungen zur Erledigung der Hausaufgaben haben. Die PetKo möchte gerne wissen, wie viele Schüler:innen in den Tagesstrukturen die Zeit zum Erledigen der Hausaufgaben nutzen und wie viele die Hausaufgabenbetreuung in Anspruch nehmen. Ebenso möchte die PetKo wissen, wie die Erledigung der Hausaufgaben an den Sekundarschulen mit Atelierunterricht funktioniert, ob das Angebot der Nachfrage entspricht und ob es ausgebaut werden kann. An den Primarschulen ist die Hausaufgabenbetreuung in die kostenpflichtigen Tagesstrukturen integriert. Die PetKo möchte deshalb



vom Regierungsrat wissen, ob an den Primarschulen auch für jene Kinder eine Hausaufgabenbetreuung angeboten werden sollte, die die kostenpflichtigen Tagesstrukturen nicht besuchen.

Mit all diesen Fragen beantragt die PetKo Ihnen, die Petition «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin Jenny Schweizer für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Petition als erledigt abzuschreiben. Obwohl aus der Kreuztabelle ersichtlich ist, dass Sie unserer Meinung nicht folgen werden, möchte ich doch unsere Standpunkte darlegen.

Ein Geschäft oder Vorstoss sind unter anderem abzuschreiben, wenn sie nicht erfüllt werden können und in diesem Fall ist es so, dass die Petition nicht erfüllt werden kann. Die Petentschaft wünscht, dass nach der Schule absoluter Feierabend herrscht. Dies wäre im Grunde genommen die Einführung einer Tagesschule, also kann dieser Punkt schon einmal nicht erfüllt werden. Da aber dann im nächsten Absatz auch die Präsenzzeit an den Schulen nicht erhöht werden soll, will die Petentschaft, dass die Freizeitaktivitäten in den Stundenplan integriert werden. Meine Damen und Herren, dass dieser Punkt ebenfalls nicht erfüllt werden kann, erscheint ja wohl logisch. Als Pro-Argument wird hier dann noch festgehalten, dass die Schule so einen höheren Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler habe. Bei solchen Aussagen habe ich schon meine Bedenken. Da aber die Schulfächer schliesslich auch noch einen Lehrplan 21 zu erfüllen haben und bei einer Integration der Hobbys in den Schulalltag die Schulstunden fehlen und der Schulalltag länger dauern würde, schlägt die Petentschaft vor, dass die Schule bereits um 7 Uhr offen steht, anscheinend um Hausaufgaben zu erledigen. Dies wiederum sollte eigentlich dem Gedanken der SP widersprechen, die ja durch einen Vorstoss von Franziska Roth und Alexandra Dill forderte, dass die Schule sogar später als 8 Uhr beginnen soll, weil die Jugendlichen länger schlafen müssen, da sie am Morgen um 8 Uhr nicht leistungsfähig sind. Somit nehmen wir an, dass sie auch für Hausaufgaben um 7 Uhr keine Energie und Motivation hätten.

Die Petitionskommission weiss ja selber, dass die Umsetzung der Petition nicht erfüllt werden kann und fordert dafür den Regierungsrat auf, auf eine ganz andere Problematik einzugehen, nämlich weshalb die Schülerinnen und Schüler sich überfordert fühlen und wie viele die Angebote zu Hausaufgabenhilfe, die jeder Standort an der Sek 1 anbietet, in Anspruch nehmen. Dies hat aber nichts mehr mit diesem Geschäft zu tun. Und als die Regierung mit dem Ratschlag 210064 den massiven Ausbau der Tagesstrukturräumlichkeiten auch in der Sek 1 dem Parlament vorlegte, konnte sie sehr wohl Zahlen dazu bereitstellen. Dort wurde vermerkt, dass sie viermal jährlich während einer ganzen Woche jedes Mal die Auslastungen messe.

Also eine schriftliche Anfrage, falls es Ihnen so wichtig erscheint, würde für Ihre Fragen demzufolge absolut reichen. Die Fragestellung der Kommission hat nichts mehr mit dem Wortlaut der Petition zu tun und kann deshalb abgeschrieben werden, weil sie nicht erfüllbar ist. Wir können nicht immer Vorstösse stehen lassen, nur weil sich daraus andere Fragen ergeben, aber vom eigentlichen Thema abweichen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, somit geht das Wort an die Petitionskommission und Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass es eine Petition ist. Sie ist ein demokratisches Grundrecht. Diese Petition stammt aus dem Mädchenparlament. Wir haben auch in der Petitionskommission darüber gesprochen, dass sie vielleicht nicht super perfekt ausformuliert ist, dass nicht alle Forderungen wirklich umgesetzt werden können, aber wir haben einen Zusammenhang gesehen zwischen der Belastung und den zunehmenden psychischen Problemen von Jugendlichen und Kindern. Es kann nicht bestritten werden, dass diese vorhanden sind und wir möchten in diesem Zusammenhang einfach noch vertiefte Abklärungen treffen. Ich bitte Sie deshalb, diese Petition an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jenny Schweizer beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007137, 17.09.25 10:16:09]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind der Petitionskommission gefolgt und haben sich mit 77 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Somit ist die Petition erledigt.

25. Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich

[17.09.25 10:16:30, 25.5235.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innerhalb von drei Monaten überwiesen.

26. Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen

[17.09.25 10:17:04, 25.5236.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst will ich ein paar wertschätzende Worte ausdrücken, und zwar finde ich es grundsätzlich toll, dass die Mitte-Fraktion sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Es geht ja darum, dass wir in Basel-Stadt ein sozialstaatliches Problem haben. Wir wissen alle, der Nichtbezug von Prämienverbilligungen ist bei der letzten Studie bei 30% gelegen. Das ist natürlich wirklich ein sozialstaatliches Problem, das heisst, wir haben ein Vollzugsproblem. Es könnten ganz viele Menschen Prämienverbilligungen beziehen, die es leider nicht machen. Dafür gibt es verschiedene Gründe, dazu gab es auch schon Studien. Wir haben uns auch schon mehrmals mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es gibt einen Vorstoss von Nicole Amacher, die noch mehr Studien gefordert, damit wir die Gründe besser verstehen, warum diese Leute diese Prämienverbilligungen oder andere Sozialleistungen nicht beziehen.

Dann haben wir auch einen anderen Vorstoss überwiesen von Beda Baumgartner mit dem speziellen Titel «Ein Bus für Basel». Dabei geht es darum, dass das Amt für Sozialbeiträge, also die Verwaltung, mehr zu den Leuten gehen soll, dass man diese Sozialleistungen auch erklären muss, einfacher verständlich machen muss, sodass eben dieser Bezug erhöht



wird. Es ist ein wichtiges Thema und deshalb will ich mich auch bedanken, dass die Mitte-Fraktion sich diesem Thema angenommen hat. Anscheinend sind wir uns einig, dass wir hier ein Problem haben. Das ist schon einmal viel wert ist.

Diese Lösung, die die Mitte-Partei anstrebt, ist leider aber schlussendlich eine Verschlechterung und deshalb plädiert auch die SP-Fraktion dafür, dass wir diese Motion ablehnen. Gerne würde ich das kurz erläutern. Natürlich wäre es super, wenn man einfach automatisch die Prämienverbilligung bekommt, wenn man dann berechtigt wäre, aber wenn man das an die Steuerdaten koppelt, dann kommt es zu einer massiven Verzögerung. Das heisst, man bekommt die Prämienverbilligung nicht in dem Moment, wo man sie wirklich braucht, und das ist ein grosses Problem.

Ich mache ein fiktives Beispiel. Nehmen wir eine vierköpfige Familie. Diese vierköpfige Familie hat nicht viel Einkommen, die Mutter ist vielleicht Alleinernehrerin, sie arbeitet viel, sie haben als Familie keine Rücklagen. Und übrigens, das ist mir wichtig zu betonen, es gibt ganz viele Haushalte in Basel und in der Schweiz, die einfach keine Rücklagen haben oder sogar Schulden. Es gibt eine nationale Statistik, die gezeigt hat, dass jeder fünfte Haushalt in der Schweiz bei einer überraschenden Rechnung von 2'500 Franken diese nicht bezahlen könnte. Jeder fünfte Haushalt! Das ist eine grosse Anzahl Menschen, die nicht einfach Geld auf der Seite haben, um überraschende Rechnungen zu zahlen. Jetzt gehen wir zurück zum fiktiven Beispiel. Die Frau arbeitet, in ihrer Firma gibt es eine Restrukturierung, sie verliert ihren Job. Dafür haben wir zum Glück eine Versicherung, die Arbeitslosenversicherung, aber da verdient sie plötzlich 20% weniger. Wenn man jetzt keine Rücklagen hat und sowieso eher ein tiefes Einkommen hat, dann macht das natürlich etwas aus, denn sonst bleiben die Kosten ja gleich, die Mietkosten sind hoch etc.

Bisher brauchte diese Familie keine Prämienverbilligungen und jetzt neu, wegen diesem Jobverlust, wegen diesem Einkommensverlust, braucht sie plötzlich Prämienverbilligungen. Im jetzigen System kann sie in dem Moment, wo das passiert, einen Antrag stellen und ab dem nächsten Monat wird das wahrscheinlich bewilligt und sie bekommt für ihre Familie die Prämienverbilligung. Im geforderten System wäre es so, dass diese Situation jetzt eintritt und dann würde man dies das nächste Jahr in die Steuerrechnung eingeben. Bis die Steuervoranlagen kommt, wo das ersichtlich ist, würde es mindestens nochmals ein Jahr gehen, das heisst nach eineinhalb Jahren würde sie die Prämienverbilligung bekommen für den jetzigen Moment, in dem sie diese eigentlich bräuchte. Das ist absurd, das bringt den Menschen überhaupt nichts und deshalb müssen wir diese Motion ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich verstehe nicht, warum eine Automation den manuellen Antrag ausschliesst. Das könnte ja beides eingeführt werden.

Melanie Nussbaumer (SP): Das könnte man, aber dann würde es zwei Systeme geben, die sich wahrscheinlich oft überschneiden würden und was wahrscheinlich den administrativen Aufwand massiv erhöhen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, in der Grundhaltung sieht man den Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Sichtweise auf die Dinge und vielleicht der freisinnigen Sichtweise. Wir haben im Frühling die Ausweitung der Anspruchsgruppen für die Prämienverbilligung thematisiert. Wir hatten vorher etwa 200 Millionen, wir kommen mit dem neuen System vielleicht auf zusätzliche 150 bis 170 Millionen, je nachdem, wie das ausgelegt wird. Das ist sehr viel Geld und da muss man sich schon auch die Frage stellen, ob sich der Antragsteller nicht auch sehr bewusst sein muss, was für Geld er da bekommt, wo das Geld herkommt. Es geht uns nicht darum, zu sagen, dass wir das verweigern möchten, aber ich glaube, für eine Anspruchsnahme von diesen Leistungen sollte man wirklich auch darauf schauen, dass man bewusst mit dem umgeht und sich auch damit auseinandersetzt. Ein Automatismus macht eben genau das Gegenteil, das Kostenbewusstsein nimmt ab. Daher können wir uns dem nicht anschliessen und darum ist die FDP dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich bin sehr froh, dass Melanie Nussbauer sehr wohlwollende Worte für diesen Vorstoss gefunden hat, denn es ist ein Problem. Wir haben einen hohen Nichtbezug bei den Prämienverbilligungen und hierbei handelt es sich



auch um eine Leistung, die sich an eine breite Bevölkerungsgruppe richtet und die eigentlich grundsätzlich auch mit wenig Stigma behaftet ist, anders vielleicht als es bei der Sozialhilfe heute noch leider der Fall ist.

Von diesem Effizienzgedanken, der hier vorhin genannt wurde, möchte ich mich eigentlich abgrenzen. Aus unserer Sicht ist der Grundgedanke der Motion interessant, weil wir eben diese Personen erreichen möchten, die Anspruch auf eine Leistung haben und diese nicht beziehen. Wir haben vorher die Zahl von 30% Nichtbezugsquote gehört, ich habe 20% gefunden, vielleicht liegt es irgendwo dazwischen, oder ich habe nicht die aktuellsten Zahlen gefunden und die Situation hat sich verschlechtert, was ich natürlich sehr beunruhigend fände. Es ist so, dass etwa ein Fünftel der potenziell anspruchsberechtigten Personen diese Leistung, die Prämienverbilligung, nicht in Anspruch nimmt. Bei einer Untersuchung der Berner Fachhochschule wurden zudem auch noch die quellbesteuerten Personen untersucht. Die Analyse dort hat gezeigt, dass der Nichtbezug noch einmal höher liegt, wobei auch gesagt werden muss, dass die Unsicherheiten dieser Analysen noch einmal grösser sind, da die Vermögenssituationen dieser Personen nicht korrekt abgebildet werden können.

Ob der Weg zum Erreichen der nicht beziehenden Personen über die Steuerdaten der richtige Weg ist, um Sozialleistungen automatisch auszuzahlen, darüber mag man diskutieren. Und dass Steuerdaten eben nicht notwendigerweise die aktuelle Einkommenssituation abbilden, das ist aus meiner Sicht unbestritten, da kann ich auch gut meiner Vorrednerin folgen. Aus unserer Sicht dürfte natürlich eine Automatisierung der Auszahlung der Prämienverbilligung nicht die Antragstellung komplett ersetzen. Ich kann es sehr gut nachvollziehen, dass es hier Befürchtungen gibt. Auch bezüglich der Rückforderungen von schon bereits bezahlter Prämienverbilligung für einen Haushalt mit knappem Einkommen ist dies ein Worst Case-Szenario, da oft, wie wir auch schon gehört haben, wenig finanzielle Reserven vorhanden sind, um eine solche Forderung tilgen zu können. Aber ich finde, es sollte uns doch darum gehen, wie wir diese Person erreichen und es gibt verschiedene Bemühungen und Bestrebungen, die hier drin auch angestossen wurden, aber wir erreichen diese Person immer noch nicht. Wir haben gewisse Daten vorliegen, die natürlich nicht tagesaktuell sind, aber sie bieten trotzdem eine Einschätzung. Es wird ja auch ein Schreiben versendet aufgrund der Steuerdaten, dass jemand potenziell berechtigt wäre. Wir haben hier einen Ansatz. Ob dieser alleine reicht, das würde ich einmal zur Diskussion stellen, aber ich finde, wir sollten uns dafür einsetzen, dass diese Personen, aus welchen Gründen sie auch immer diese Prämienverbilligung nicht in Anspruch nehmen – seien es sprachliche Hürden oder eine Überforderung mit Behördengängen –, dass wir diese dazu bringen, diese Leistung zu beziehen, die ihnen zusteht.

Es gibt bereits sechs Kantone, die eine automatische Auszahlung der Prämienverbilligung vornehmen. Im Rahmen einer Erstüberweisung wäre es für uns interessant gewesen, ob man dort Erfahrungswerte einholen hätte können, die uns für eine Weiterbehandlung dieser Motion oder dann vielleicht als Anzug oder für die Weiterbearbeitung der bereits überwiesenen Anzüge hilfreich gewesen wären.

Es gibt auch Umsetzungsvarianten, über die man nach denken könnte, bei denen bezüglich der Rückforderung diese beispielsweise in Tranchen überwiesen werden könnten, um dadurch auch die Gefahr einer Rückzahlung minimieren zu können.

Aus diesen Überlegungen hätten wir von der Fraktion GRÜNE/jgb gerne eine erste Stellungnahme der Regierung gehabt, um darüber zu entscheiden, ob es hier nicht doch Handlungsansätze gäbe, wie Haushalte, die sonst einen unverhältnismässig hohen Teil ihres Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen, mit einer allfälligen Direktauszahlung oder weiteren Massnahmen besser erreicht und unterstützt werden können. Daher werden wir der Überweisung zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Redner auf meiner Liste ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Anliegen des Vorstosses, die Nichtbezugsquote zu senken, die der Regierungsrat teilt, ist auch Teil des Legislaturplans des Regierungsrats für die kommende Legislatur. Die Nichtbezugsquote bei der Prämienverbilligung ist die tiefste von den unter uns untersuchten, sie liegt bei 19%, nicht bei 30%, wie vorher erwähnt wurde. Also ab 19% haben wir einen statistisch ausgewiesenen Nichtbezug. Wir werden diese Untersuchung auch in diesem Jahr aktualisieren, damit wir aktuelle Zahlen haben, wie sich der Nichtbezug entwickelt hat.

Personen mit potenziellen Ansprüchen auf Prämienverbilligung werden ja grundsätzlich vom ASB, also von der Verwaltung bereits einmal jährlich angeschrieben. Sie werden darauf hingewiesen, dass sie Anspruch haben könnten. Grundlagen sind die Steuerdaten, also da gibt es einen klaren Konnex zu den Daten, die wir haben und auf Grundlage dieser Daten werden diese potenziellen Bezüger:innen jedes Jahr angeschrieben. Diesen Prozess, der so gehandhabt wird, hat auch der Grosse Rat mit dem Anzug Christine Keller erweitert auf die Ergänzungsleistung, wo das bis anhin nicht gemacht wurde und auch der Nichtbezug höher ist als bei den Prämienverbilligungen.

Wie bereits gesagt, dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, den Nichtbezug weiter zu senken. Es wurde auch schon viel getan, sei es, dass die Information in mehreren Sprachen vorliegt, auch in verständlicher Art und Weise. Und was kommen



wird auch in den nächsten Jahren ist das Projekt E-Sozial, wir werden auch dieses ganze Antragsverfahren vollständig digitalisieren. Selbstverständlich bleibt auch die physische Antragsmöglichkeit danach bestehen. Aber auch hier investiert der Regierungsrat, dass diese Zugänglichkeit noch einfacher wird.

Wir dürfen als Kanton auch erwarten, dass die potenziell Berechtigten auch einen kleinen Beitrag leisten für diesen Bezug der Prämienverbilligung. Ich glaube, es ist doch schon auch noch ein Unterschied zum vollkommenen Automatismus, dass man eben auch diesen Antrag stellen soll, dass man diese Prämienverbilligung möchte. Ich denke, wir dürfen das als Kanton erwarten, und es gibt auch Menschen, die keine Prämienverbilligung wollen, und auch das ist ihr gutes Recht.

Hinzu kommen die Steuerdaten, sie haben Grenzen. Erstens, das haben wir schon mehrmals gehört, sie sind ein bis zwei Jahre verzögert, das heisst, sie reichen nicht aus. Zusätzlich berechnen wir im Sozialbereich bei der Prämienverbilligung die Wirtschaftssituation anders als im Steuerrecht. Und ich glaube, das ist auch entscheidend, denn diese Informationen brauchen wir auch bei einer Automatisierung, das heisst, der Bezüger müsste auch in dieser Variante einen Beitrag leisten. Die Prämienverbilligungen knüpfen an die wirtschaftliche Haushaltseinheit an und nicht an die zivilrechtliche. Die wirtschaftliche Haushaltseinheit ist entscheidend. Und das andere, wir rechnen auch ein Hypo-Einkommen hoch, auch das ist ein Konzept, das wir nicht aus der Steuererklärung oder den Steuerdaten ziehen können. Diese beiden Informationen sind bis heute ein wesentlicher Bestandteil zur Berechnung der Prämienverbilligungen, die einem Haushalt zustehen. Und entweder man verzichtet auf diese Informationen, oder es braucht, wenn man sie weiterhin haben will, Mitwirken der potenziell Beziehenden, damit wir zu diesen Informationen kommen können.

Der Timelag wurde schon einmal angesprochen, ich nehme ein erstes Beispiel. Eine Person beendet ihr Studium und beginnt eine gut bezahlte Stelle, würde aber bis zu zwei Jahren weiterhin Prämienverbilligungen erhalten, weil nach wie vor die Steuerdaten zählen, die man hat, nämlich von der Zeit, als das Einkommen tief war als Studentin oder Student.

Das zweite Beispiel ist die umgekehrte Situation, jemand verliert seine Stelle oder wird ausgesteuert von der Arbeitslosenkasse, und mit alten Steuerdaten hätte diese Person keinen Anspruch, obwohl sie gerade in diesem Moment enorm wichtig wäre, damit die Person nicht in eine Verschuldungssituation gerät. Also ein Automatismus kann zu einer Überzahlung führen oder dazu, dass Menschen in Not keine Leistung erhalten.

Was wären die Folgen bei Überzahlung, wie soll der Kanton damit umgehen? Entweder er lässt es bleiben, das wäre finanzpolitisch ineffizient und teuer, oder er fordert es zurück, das wäre mit grossem administrativen Aufwand und auch sehr vielen Schwierigkeiten für die betroffene Person verbunden. Aufgrund dieser Situation ist der Regierungsrat der Meinung, dass das heutige System das zielgerichtete, das bessere System ist, das Verbesserungen braucht, zum Beispiel bei der Digitalisierung und bei der Niederschwelligkeit. An diesen Punkten arbeiten wir und aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wir haben es jetzt von verschiedenen Vorrednern und auch vom Regierungsrat gehört, dass man mit dieser Motion nicht wirklich einen Mehrwert für die Betroffenen leisten würde. Zudem sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass eine gewisse Bringschuld, wenn man einen derartigen Anspruch hat, auch erwartet werden darf, dass man sich informiert, wo man welchen Anspruch hat.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen und ich weiss offen gesagt nicht einmal, ob ich den als SVP-Sprecher einbringen soll, aber ich bin ja Einzelsprecher und ich bringe es jetzt als Funktion der Strafverteidigung ein. Wenn eine Person mit Migrationshintergrund eine Steuererklärung ausfüllt und Eigentum im Ausland verschweigt, dann hat das für seinen Aufenthaltsstatus keinerlei Konsequenzen. Wenn er das aber macht, um Prämienverbilligungen zu beantragen, dann macht er einen Sozialhilfebetrug und das führt gemäss Katalog zur Ausschaffung. Warum erzähle ich Ihnen dieses Beispiel? Ich erzähle Ihnen dieses Beispiel, weil ich in diesem Bereich sehr bei den Worten von Daniel Seiler bin. Man sollte auch hier dieses Individuum walten lassen. Jeder soll sich bewusst sein, was er ausfüllt, zu welchem Grund er es ausfüllt und welche Leistungen er konkret beantragen möchte oder nicht möchte. Es gibt Personen, die es nicht möchten, vielleicht nicht unbedingt wegen dem strafrechtlichen Grund, sondern weil sie es überhaupt nicht wollen. Aber das Individuum sollte nach wie vor im Vordergrund stehen.

Mit diesem Automatismus würden wir das abschaffen und dementsprechend sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass das keinerlei Vorteile hat. Wir sind der Meinung, es braucht eine gewisse Eigeninitiative, es bringt keinen Vorteil für die Betroffenen und das Individuum sollte nach wie vor zählen, dass jedem bewusst ist, warum er diese Leistung beantragt. Und aus diesen Gründen kommen wir zum Entschluss, dass wir diese Motion nicht überweisen wollen und das beantrage ich auch im Namen der SVP-Fraktion.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (Basta): Wir haben es gehört, die Krankenkassenprämien sind in Basel-Stadt ganz besonders ein ernstes Problem, so ernst, dass es auch Familien mit mittleren Einkommen gibt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es handelt sich, auch das haben wir gehört, nicht nur um eine Randfrage für Akutarmutsbetroffene, sondern es ist ein breites Problem. Es ist aber auch ein Symptom eines grundsätzlichen Problems unseres profitgetriebenen Gesundheitssystems. Und unter diesem leiden nicht nur die Prämienzahlenden, Versicherte und Patient:innen, sondern eben auch Menschen, die mit Herzblut im Gesundheitssektor arbeiten.

Doch kommen wir zurück zur Motion. Als BASTA unterstützen wir grundsätzlich jeden Versuch, den Zugang zu Hilfsleistungen zu vereinfachen. Genau das ist der Sinn solcher staatlichen Sozialtransfers. Sie sollen die Menschen dort entlasten, wo es nötig ist. Leider blenden die Motionär:innen einen entscheidenden Punkt in ihrer Motion aus. Prämienverbilligungen sind kein Bonus, den man irgendwann nachträglich erhält, sie sind ein Sozialtransfer bei Menschen, die es brauchen, und zwar in dem Moment, wo die finanzielle Not akut ist, wenn das Einkommen nicht reicht, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden können, wenn man eben nicht ein paar Tausend Franken aus einem früheren Job zurücklegen konnte. Ein Automatismus, diese Leistungen zu erhalten, kann sinnvoll sein, aber er muss greifen, wenn die Not beginnt und nicht erst ein Jahr später. Darum lehnen wir die Überweisung der Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich lese seit vielen Jahren zu dem Thema, dass viele Menschen die Leistungen nicht beantragen, und es steht in der Zeitung, sie machen es aus Scham nicht. Also das können Sie in jeder Zeitung lesen in Basel, dass viele Leute solche Leistungen nicht beantragen, weil sie sich schämen. Sie kapseln sich ab oder was natürlich auch steht, es geht um zu kleine Geldbeträge. Und dann steht auch, der Aufwand sei zu gross. Wenn es nur um eine Hilfeleistung von 100 Franken geht, dann überlegen sich viele, ob sie das überhaupt ausfüllen sollen, zum Amt für Sozialbeiträge gehen sollen. Viele sagen, der Aufwand sei zu gross für 100 Franken. Deshalb finde ich auch wie meine Vorredner, dass es die Motion nicht braucht.

Als ich den Text gelesen habe, dachte ich, oha, das kommt von den Grünen und von der SP, weil es ist ja ein soziales Thema und ich habe wirklich selten so gestaunt, als ich gelesen habe, dass der Text von Remo Gallacchi kommt, von einer bürgerlichen Partei.

Zum Schluss kann man sagen, der Kanton spart ja viel Geld, wenn Leute nicht automatisch hingewiesen werden. Wir sind auch nicht bei «Wünsch dir was». Und zum allerletzten Schluss zu meinem Vorredner Pascal Messerli: Das ist auch mein Thema, er hat es erwähnt, ein Haus im Ausland, Ausschaffung usw. Da ist es ganz wichtig, dass es keinen Automatismus gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt von mehreren vor allem Rednern gehört, dass es auch eine Art Holschuld gebe für diese Menschen und das hat mich etwas, ehrlich gesagt, schockiert. Wir können hier schon über fiktive Familien diskutieren, aber vielleicht einmal ein Beispiel von einer echten Familie. Natürlich kann man jeder Person sagen, sie habe eine Holschuld, aber es gibt auch noch andere Komponenten im Leben und es gibt dann durchaus noch so Sachen wie Scham zum Beispiel, Scham vor dem eigenen Leben, vor der eigenen Situation, die man vielleicht verbessern möchte. Und da hilft es nichts, wenn Sie diesen Leuten sagen, sie hätten Eigenverantwortung, sondern das sind dann vielleicht Menschen, die arbeiten jeden Tag und irgendwie kommen sie nicht zurecht, und dann schämen sie sich dafür. Und dann ist es doch absolut richtig, dass es irgendein System gibt, das es ihnen erleichtert, diese Hilfe zu beziehen. Und vielleicht haben sie sogar noch Kinder, und diese Kinder leiden mit, die können nichts daran ändern, die können nicht zur Sozialhilfebehörde gehen und sagen, sie hätten gern, dass sie jeden Tag etwas Richtiges auf dem Tisch haben. Es nervt mich richtig, und wenn wir eine andere Lösung hier auf dem Tisch hätten, dann wäre das wunderbar, dann würde ich sagen, wir könnten diese Motion kübeln. Aber wir haben keine, und der Regierungsrat soll jetzt einmal berichten, wie man diesen Menschen konkret helfen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit ist die Liste der Redner:innen erschöpft und der Motionär hat das Wort.



Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich habe mir eine halb-grosse Rede vorbereitet, die ich jetzt auf die Seite schiebe und quasi auf Ihre Voten reagiere.

Ja, ein kompletter Systemwechsel wäre schlecht. Man hätte die Daten vom Vorjahr oder noch mehr, vielleicht hat sich dann die wirtschaftliche Situation geändert und die betroffene Person hätte dann eigentlich gar keinen Anspruch mehr. Das eine, es wurde schon gesagt, schliesst das andere nicht aus. Diejenigen, die einen Antrag stellen, sollen das weiterhin machen können und innerhalb von 2-3 Monaten dann ihr Geld bekommen. Zusätzlich soll die No-shots-quote vermindert werden, indem man eben anhand der Steuerdaten viel direkter auf die Leute zugeht und sagt, ja, Sie haben Anspruch, geben sie Ihre jetzige Möglichkeit oder Ihre jetzigen wirtschaftlichen Daten durch, verdienen Sie genug, dann haben Sie keinen Anspruch mehr, obwohl Sie das gehabt hätten. Weiter ist es so, dass ja nicht blind darauf losbezahlt wird. Es ist jetzt schon so, dass wenn sich wirtschaftlich vom Einkommen her etwas ändert, man das unverzüglich melden muss, und nicht irgendwie ein Jahr darauf die Meldung macht, ja, ich habe vor dreiviertel Jahren einen Job bekommen, ich habe jetzt keinen Anspruch mehr. Das ist jetzt schon explizit so vorgesehen oder vorgeschrieben.

Die Gründe für den Nichtbezug hat, sind vielfältig. Es wurde gesagt, man müsste das eigentlich ergründen. Das kann man machen, aber vom Staat herbraucht es jetzt Taten, indem man viel direkter auf diese Personen zugeht, nicht nur so ein Informationsschreiben hinlegt, das man vielleicht überliest, weil es beim Kleingedruckten ist. Anscheinend nutzt dieses Briefchen oder dieser Hinweis nicht.

Das, was Regierungsrat Kaspar Sutter angemahnt hat, dass man quasi ein Jahr lang die Prämien bekommt, obwohl man keinen Anspruch mehr hat, weil man dann bei der Veranlagung ein Jahr darauf merkt, dass er keinen Anspruch mehr hätte, wegen der Rückzahlung, das habe ich schon begründet, jegliche Einkommensänderung muss man sofort melden und Oliver Thommen hat es auch schön erwähnt, die Gründe sind vielfältig. Man kann sich nicht einfach zurücklegen als Staat und hoffen, dass möglichst wenig das in Anspruch nehmen, damit wir etwas Geld sparen.

Ich bitte Sie daher, zugunsten dieser finanziell und sozial schwachen Klientel, diese Motion zu überweisen, auch zur Berichterstattung, wie die Handhabung in anderen Kantonen ist. Es ist ja noch nicht definitiv entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 67 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007141, 17.09.25 10:49:22]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 67 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen

[17.09.25 10:49:34, 25.5254.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Der Motionär hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Politik ist ein Thema, das viele Menschen abschreckt oder auch nervt. Ich höre oft, «was die da oben machen in Bern, geht völlig an mir vorbei» oder «darauf habe ich sowieso keinen Einfluss». Das höre ich ganz oft, nicht nur auf Social Media. Dabei ist Politik überall ein Thema, in der Schlange im Coop regt sich einer auf, oder die grosse Politik ist an allem Schuld oder beim Familienessen eskaliert das Gespräch. Im Büro wird betreten geschwiegen oder mit eingestimmt, wenn einer Stammtischparolen schwingt. Politik ist für viele etwas Negatives geworden oder Abstraktes, bei dem sie nicht mitreden können und wollen, aus Angst, etwas Falsches zu sagen oder anzuecken.

Viele Menschen schreiben mir und fragen, was man denn sonst noch tun kann, um sich zu engagieren. Und genau darum geht es in dieser Motion, um das Tun. Denn politisches Engagement, das wissen Sie, ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Es ist die Möglichkeit, die eigenen Interessen und Meinungen zu vertreten und darum habe ich die Motion gemacht. In Basel gibt es sicherlich viele Wege, sich politisch zu engagieren. Ich finde es einfach wichtig, dass alle mitmachen und alle sich engagieren, und die Vielfalt ist wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007143, 17.09.25 10:52:18]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dazu entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 84 gegen eine Stimme.

28. Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer

[17.09.25 10:52:34, 25.5255.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Sprecherin gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir folgen dem Antrag des Regierungsrates. Auf den ersten Blick mag die Halbierung der Handänderungssteuer in Basel-Stadt vernünftig erscheinen, vor allem, wenn man sich die gestiegenen Einnahmen der letzten Jahre anschaut. Aber wenn man genau hinschaut, merkt man schnell, diese Steuer ist weit mehr als einfach eine Einnahmequelle für den Kanton. Sie hat eine klare Funktion, sie sorgt dafür, dass Eigentümerwechsel nicht einfach so passieren, nicht zu schnell, nicht spekulativ. Gerade hier in Basel, wo der Wohnraum knapp und sehr begehrt ist, brauchen wir genau diese Stabilität auf dem Immobilienmarkt. Ein seitens HEV und SWIT genanntes Argument ist, dass es ja schon genug andere Abgaben gibt: Grundstückgewinnsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Notariats- und Grundbuchgebühren, also brauche es die Handänderungssteuer nicht mehr oder sie sei zumindest zu hoch.



Aber ehrlich gesagt, diese Argumentation überzeugt nicht. Die Handänderungssteuer erfüllt eine ganz eigene Rolle, und keine dieser anderen Abgaben kann das ersetzen. Die Grundstückgewinnsteuer wird nur fällig, wenn ein Gewinn entsteht. Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffen Übertragungen ohne Verkauf, aber die Handänderungssteuer greift bei jedem Eigentumswechsel, unabhängig vom Gewinn, unabhängig von familiären Verhältnissen. Und ja, innerhalb der Familien gibt es heute schon Steuererleichterungen. Das zeigt, es geht uns nicht um die soziale Härte, sondern um Fairness und um eine wirksame Regulierung des Marktes.

Ein weiteres Argument der Motion ist, dass nach der Teuerungsbereinigung es nur noch rund 30 Mio. Franken Einnahmen seien, ungefähr auf dem Niveau von vor 10 Jahren. Aber auch hier, das greift zu kurz, denn die Handänderungssteuer dient nicht nur dem Geld, sie dient vor allem der Steuerung des Immobilienmarktes. Und wenn wir über Teuerung sprechen, dann reicht es eben nicht, einfach die Konsumentenpreise zu betrachten. Die Baukosten, die Bodenpreise und die Nachfrageentwicklung haben sich ganz anders, viel stärker entwickelt als die allgemeine Inflation. Ein Vergleich mit der Teuerung allein ist deshalb wenig aussagekräftig.

Und dann, auch das hört man immer wieder, wird gesagt, andere Kantone hätten die Steuer schon halbiert oder ganz abgeschafft. Gerade vom Hauseigentümerverband und SWIT wird dieses Argument sehr aktiv beworben, nach dem Motto, wenn andere das machen, müssen wir das auch. Aber das ist kein überzeugendes Argument. Basel ist nicht Aargau und auch nicht Zug oder Thurgau. Die lokalen Gegebenheiten, die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, die Situation bei der Bodenverfügbarkeit und -nachfrage, sind hier anders. Und genau deshalb brauchen wir hier eine andere Lösung.

Darum bitte ich Sie, lassen wir die Handänderungssteuer, wie sie ist, lassen wir uns nicht unter Druck setzen von Lobbyinteressen, die auf kurzfristige Vorteile aus sind. Diese Steuer hat eine wichtige Funktion für unsere Stadt, finanziell, sozial und städtebaulich. Ich danke Ihnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wenn Sie Eigentümer einer Liegenschaft sind, dann dürfen Sie sich einer besonderen Behandlung erfreuen. Dann gehören Sie nämlich zur Gattung der Steuermilchkühe. Jedes Jahr dürfen Sie auf den Wert Ihrer Liegenschaft Vermögenssteuer bezahlen. Wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen, wird Ihnen jedes Jahr auch noch ein fiktives Einkommen namens Eigenmietwert angerechnet. Wenn Sie dann beim Verkauf Ihrer Liegenschaft einen Mehrwert erzielen, weil der Wert Ihrer Liegenschaft in der Zwischenzeit gestiegen ist, fällt die Grundstückgewinnsteuer an. Und als wäre das nicht genug, müssen Sie auch noch die Handänderungssteuer bezahlen, hälftig aufgeteilt zwischen Käufer und Verkäufer.

Wohlverstanden, diese Steuer ist nicht dafür da, um irgendwelche Verwaltungskosten des Kantons abzudecken. Für diese bezahlen Sie bereits die Beurkundungsgebühren an den Notar und die Grundbuchgebühren für die Eintragung des neuen Eigentümersnamens im Grundbuch. Nein, diese Handänderungssteuer wird einfach so erhoben, weil der Staat es kann. Der Staat hat mit dieser Steuer einen Weg gefunden, wie er zusätzlich zu den bereits genannten Steuern und Gebühren in die Tasche der Liegenschaftseigentümer greifen kann, ohne dafür einen Mehrwert zu leisten. Dafür gibt es ja noch eine andere Abgabe, die sogenannte Mehrwertabgabe.

Wenn wir also hier hören, dass der Zweck dieser Steuer die Steuerung des Liegenschaftsmarktes sei, muss man sich die Frage stellen, was genau denn hier wie gesteuert werden soll. Soll es einfach nicht mehr zum Verkauf von Liegenschaften kommen oder will man es einfach verteuern? Sich dagegen zu wehren, ist offensichtlich schwierig. Ihre Liegenschaft mitzunehmen, wenn Ihnen die Belastung zu viel ist, ist bekanntlich eher anspruchsvoll. Gerade deshalb sind Liegenschaftseigentümer so beliebte Steuermilchkühe.

Ich bin dankbar, dass Kollege Bruno Lötscher sich die Mühe gemacht hat, die entsprechenden Zahlen herauszusuchen und aufzuzeigen, wie der Staat über die letzten Jahre hinweg massiv profitiert hat, ohne etwas dafür zu tun. Wobei man durchaus argumentieren könnte, dass er die steigenden Immobilienpreise durch seine Politik wesentlich mitverursacht hat. Diese Diskussion müssen wir uns wohl für ein anderes Mal aufsparen, aber finanziell belohnt werden sollte sie dafür eher nicht.

Letztlich ist die Handänderungssteuer auch eine unsoziale Steuer. Schon heute kämpfen junge Familien damit, sich kaum ein Eigenheim leisten zu können. Die Handänderungssteuer macht den Kauf eines solchen Eigenheims einfach nochmals teurer. Das schadet nicht denjenigen, die ohnehin genug Geld haben und sich auch diese 1,5% noch leisten können, sondern es schadet denjenigen, die nicht so viel Geld auf der Seite haben und für die der Traum vom Eigenheim mit dieser Steuer nochmals etwas weiter in die Ferne rückt. Eine moderate Senkung der Handänderungssteuer auf das Einnahmenniveau von vor 10 Jahren, wie es die Motion vorschlägt, ist für uns ein sinnvoller und guter Weg, mit dem wir uns dem Niveau der allermeisten anderen Kantone annähern. Es gibt keinen Grund, weshalb Basel-Stadt hier zu den Spitzenreitern gehören sollte. Deshalb stimmen wir dieser Motion zu.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich meinem Vorredner weitgehend anschliessen, deshalb kann ich es kurz machen. Wie Luca Urgese schon ausgeführt hat, ist es eine unsoziale Steuer. Der Grund, warum es diese Steuer gibt, ist ein pragmatischer. Der Staat holt sich das Geld dort, wo er es sich einfach holen kann. Und deshalb, ich sage das gar nicht wertend, ist es eine Steuer, die gibt es, die Frage ist, ob wir diese Steuer wollen. Ich würde sagen, die können wir gut abschaffen, denn sie entfaltet keinen Lenkungseffekt, den wir uns wünschen. Im Gegenteil, sie verteuert das Kaufen von Liegenschaften und das hat auch Luca Urgese schon ausgeführt, dies schmerzt insbesondere diejenigen, die sich ein Eigenheim kaufen wollen und für die das eher teuer ist. Und grundsätzlich hemmt das einfach den Markt.

Ich denke, dass es nicht sinnvoll ist, auch nicht ökologisch sinnvoll, den Markt zu hemmen beim Kaufen von Liegenschaften. Also wir sehen keinen guten Grund für diese Steuer. Das einzige, was man in dieser Motion kritisieren kann aus meiner Sicht, ist, dass man nicht gerade fordert, diese ganz abzuschaffen. Aber das können wir dann auch noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Es wurde schon einiges gesagt über diese Steuer. Fakt ist, ein Teil der Kantone erhebt überhaupt keine Steuer, und wir zählen zu den zwei teuersten Kantonen. Die Steigerung dieser Steuer über die Jahre ist dramatisch angesichts der Tatsache, dass überhaupt kein Mehrwert davon zu sehen ist, und der Vorschlag zur Halbierung der Handänderungssteuer stützt sich auf den Grundsatz der fiskalischen Fairness, der Steuerharmonisierung und der wirtschaftlichen Liberalisierung. Er zielt darauf ab, einen Einnahmenanstieg zu korrigieren, der ohne eine entsprechende Steigerung der staatlichen Leistungen stattfand, die Steuersätze des Kantons an die restliche Schweiz anzugleichen und einen dynamischen Immobilienmarkt zu fördern.

Es wurde vieles schon gesagt, wichtig scheint mir vor allem, dass wir hier ohne einen erkennbaren Mehrwert einen Steueranstieg hatten, den es so nicht braucht. Es wurde auch schon bereits erwähnt, theoretisch könnte man sich den vielen Kantonen anschliessen, die die Handänderungssteuer auf 0 abgeschrieben haben.

In diesem Sinne wird die LDP sich für die Halbierung der Handänderungssteuer aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lassen Sie mich in ein paar Worten auf das Votum der BastA eintreten. Zunächst zur Selbstdeklaration: Ich unterliege keinen Lobbyinteressen und ich bin im Immobilienmarkt in keinsten Art und Weise tätig. Patrizia Bernasconi hat gesagt, dass diese Steuer hilft, den Immobilienmarkt zu steuern. Das sehe ich komplett anders, denn dazu haben wir die Grundstückgewinnsteuer. Die Grundstückgewinnsteuer besteuert den Gewinn, den Sie machen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas selbst nutzen, nicht selbst nutzen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas über längere Zeit nutzen oder sofort wieder verkaufen. Damit bekämpfen Sie, um Ihr Schlagwort zu nutzen, die Spekulation. Mit der Handänderungssteuer machen Sie das gar nicht, Sie besteuern unabhängig von der Situation und nur, wenn Sie ein Eigenheim selbst nutzen, gibt es einen Rabatt, sonst ist es immer der gleiche Steuersatz, egal, wie lange sie etwas halten.

Diese Steuer hat den Charakter einer Gebühr. Aber es wurde mit Recht von Luca Urgese darauf hingewiesen, die Gebühren, welche die Kosten des Staatswesens decken, die im Zusammenhang mit so einer Transaktion stehen, werden separat verrechnet. Die sind schon abgegolten. Deshalb ist das eine Art Gebühr ohne Gegenleistung. Und ich bin bei Tobias Christ, eine solche Gebühr müsste man eigentlich komplett abschaffen.

Nun gut, man will jetzt nur einmal halbieren als wichtiger erster Schritt, dafür sind wir selbstverständlich zu haben, auch durchaus im Interesse übrigens der Mieterinnen und Mieter. Alle jene hier, die sich immer wieder für die Kostenmiete stark machen: Handänderungssteuern sind Kosten, das heisst, Handänderungssteuern treiben die Kosten und damit die Mieten nach oben. Also bitte beachten Sie auch das, wenn Sie diese Motion hier bekämpfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.



Ivo Balmer (SP): Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Verkaufspreise sinken, wenn wir die Handänderungssteuer abschaffen? Also so viel zur Preisbildung.

Lorenz Amiet (SVP): Die Preise werden weder sinken noch steigen, aber man schlägt nicht noch zusätzlich 3% drauf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ein wenig möchte ich schon widersprechen, auch wirtschaftshistorisch. Die Gründe für die Einführung der Handänderungssteuer waren primär fiskalischer Natur, aber nicht nur. Sinn und Zweck der Handänderungssteuer war auch bei ihrer Einführung, das häufige Kaufen und Verkaufen etwas einzudämmen, also eine gewisse Transaktionsbremse, die Vermeidung von Überhitzung und kurzfristiger Spekulation. Ich denke, dass es im Gesamtkontext, wo wir uns wohnpolitisch hier bewegen, viele Anliegen auch von der bürgerlichen Seite gibt, die man gut verstehen kann, aber dieses historisch gewachsene Instrument zu schwächen und damit Spekulationen und kurzfristige Änderungen zu begünstigen, halte ich jetzt wirklich nicht für der Weisheit letzter Schluss.

Es spricht ja heute schon sehr vieles für Wohneigentum, nicht nur die Eigentümerprämie, sondern natürlich auch die Tatsache, die sich daraus ergibt, dass die Hypotekarzinsen in den letzten Jahren deutlich niedriger waren, sondern auch die stille Wertvermehrung im Laufe der Jahre. Wer vor drei Generationen Land erworben hat und jetzt sind es Enkel, die es wieder verkaufen, hat häufig eine Verachtzigfachung oder Verhundertfachung des Bodenpreises in dieser Zeit erlebt. Das wird teilweise natürlich abgeschöpft durch die Grundstückgewinnsteuer, aber eben nicht nur, die Handänderungssteuer spielt da nun auch eine gewisse Rolle. Aber wie gesagt, primär ist es ein kurzfristiges Instrument, das verhindert, dass der Wohnungsmarkt überhitzt.

Und wir wissen ja alle, wenn man sich die Statistiken anschaut, dass in den letzten Jahren immer mehr institutionelle Anleger auf dem Markt in Basel unterwegs sind, weniger kleine Eigentümer. Und um diese kleinen Eigentümer geht es uns als SP auch nicht. Diese Motion schert alles über einen Kamm. Wenn es darum geht, dass man sagt, wir würden die Handänderungssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum senken, gerade auch wenn es längerfristig bewohnt würde, dann könnten wir uns das durchaus vorstellen und dafür sind wir auch offen für eine Diskussion. Aber mit dieser Motion, in dieser Pauschalität, wie sie nun vorliegt, öffnen wir nun wirklich die Büchse der Pandora und ich bitte Sie wirklich auch noch einmal auf die bürgerliche Seite innezuhalten. Wir wissen, dass hier die Mehrheiten in der Bevölkerung in solchen Fragen etwas anders sind als hier im Rat. Bitte bedenken Sie, ob das nun sinnvoll ist, ob Sie wirklich nicht nur den Wohnschutz wieder lockern wollen, was viele Leute verstehen, sondern hier noch diese Liberalisierung herbeiführen wollen. Ich denke, es spricht im vorliegenden Fall einiges dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Luca Urgese, Lorenz Amiet und Oliver Battaglia. Sie werden entgegengenommen. Die erste Frage stellt Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Anerkennen Sie, dass die Grundstückgewinnsteuer genau dafür geschaffen wurde, kurzfristige Veräusserungen und Spekulationen unattraktiv zu machen, so dass es nach Ihrer Lesart damit zwei Steuern gibt, die genau denselben Zweck erfüllen sollen?

Tim Cuénod (SP): Ihre Mechanismen sind ein wenig andere. Die Grundstückgewinnsteuer ist wichtig, vor allem unter Long one. Die Handänderungssteuer in der Art und Weise, wie sie funktioniert, ist eben gerade, was kurzfristigen Kauf und Verkauf angeht, durchaus nicht ganz unwichtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Frage wird von Lorenz Amiet gestellt.

Lorenz Amiet (SVP): Eine Frage an den Wirtschaftshistoriker: Gehen Sie mit mir einig, dass die Handänderungssteuer viele, viele Jahrzehnte vor der Grundstückgewinnsteuer eingeführt wurde und dass deshalb vielleicht ganz andere Gesichtspunkte galten damals?



Tim Cuénod (SP): Ich meine, ja, dem ist es so, ich habe es jetzt nicht überprüft. Und trotzdem waren es primär fiskalische Motive, das habe ich gesagt, als Abgeltung für den Aufwand, der dem Staat durch die Entstehung der Eigentümerwechsel usw. entstand. Aber auch schon damals hat eine gewisse Rolle gespielt, dass man kurzfristigen Verkauf und Kauf ein wenig eindämmen wollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Sie haben in Ihrem Beispiel den Bodenpreis als wertsteigerndes Teil aufgenommen. Wir haben in Basel sehr wenig Platz, der noch verfügbar ist. Wenn man das auf Immobilien bezieht, wie ist dann das Verhältnis dort?

Tim Cuénod (SP): Ich bin nicht ganz sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die Handänderungssteuer ist eine Rechtsverkehrssteuer, genauso wie die Stempelsteuer. Sie hat reinen fiskalischen Zweck entgegen dem, was vielleicht gewisse Nebenwirkungen sind, die aber nicht die Begründung waren. Wenn nun Tim Cuénod sagt, dass das eine Abgeltung der Kosten sei, die dem Staat entstehen mit dem Eigentumsübergang, muss man bedenken, dass wir durchaus Gebühren der Grundbuchämter haben, die das zu decken haben. Es gibt nichts darüber hinaus zu decken. Es gibt auch sonstige Rechtsverkehrssteuern, die Stempelsteuer etwa. Die knüpft auch an einen Eigentumsübergang an. Die staatliche Leistung dort ist null. Die Stempelsteuer hat man einmal erhöht oder nicht abgeschafft, mit dem hat man das ganze Fondsgeschäft nach Luxemburg vertrieben. Das ist genauso, wie wenn man ein Gebäude unter Denkmalschutz stellt, dann ist nicht der Hauptzweck die Vertreibung einer Gesellschaft, aber das kann trotzdem eintreten.

Also, lassen Sie die Kirche im Hause, das ist eine Rechtsverkehrssteuer. Und wenn es wirklich um die Spekulationsbekämpfung ginge, dann hätte ja die Haltedauer eine Auswirkung auf die Höhe dieser Steuer, das hat es aber nicht. Wir haben wirklich dafür die Grundstücksgewinnsteuer, die ist wesentlich höher, wenn ich relativ bald wieder eine Transaktion machen. Als der Bund gedacht hat, man müsse Ende der 1980er-Jahre den überhitzten Grundstückmarkt bremsen, hat man extra Steuern eingeführt mit diesem Zweck als Lenkungssteuer. Die Folge war dann auch der Crash einiger Regionalbanken, ob das wirklich beabsichtigt war, ist eine andere Frage. Aber bitte, das ist eine Restverkehrssteuer, die ist relativ einfach zu erheben. Die profitiert davon wesentlich ohne Gegenleistung des Staates, dass die Grundstückspreise gestiegen sind. Die werden alles auch anders abgeschöpft. Es sind Kosten, und ich bitte, bei der Steuersystematik zu bleiben und nicht einfach Behauptungen in den Raum zu setzen, wie das hier von linker Seite geschehen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich bin bei David Jenny, es ist eine Steuer, ja, es ist eine Steuer, sie ist nicht eingeführt worden, um zu lenken, das ist nicht ihr Zweck. Ja, der Staat zieht Steuern ein. Ja, wir erbringen nicht für alles eine direkte Leistung, es ist eine Steuer und keine Gebühr, vollkommen richtig, aber es geht nicht bei mir in den Tresor, sondern wir geben es aus für Leistungen in diesem Kanton. Wovon reden wir hier? Was möchte Bruno Lötscher von mir? Er möchte, dass wir diese 50 Millionen in etwa, die wir einnehmen jedes Jahr, halbieren. Er sagt, 25 Millionen reicht. Das kann man so sehen, dann diskutieren wir das beim Budget im Dezember. Wo verzichten wir auf 25 Millionen? Das ist die Diskussion auf den Punkt gebracht.

Womit ich einfach etwas Mühe habe, ist erstens, wenn Sie sagen, der böse Staat nimmt das Geld. Nein, wir machen etwas damit. Wenn Sie finden, wir brauchen weniger, dann ist das in Ordnung, das können wir diskutieren. Und dann die unsoziale Steuer. Da habe ich schon etwas Mühe. Gut, ich gebe zu, ich bin nur Mieterin, aber die Liegenschaftsbesitzenden sind nicht die Armen in unserem Kanton. Liegenschaften zu besitzen im Kanton Basel-Stadt ist ein Privileg. Es ist ein Privileg, es ist sehr teuer bei uns, das wissen wir alle, und es lohnt sich wirklich. Und wir haben eher das Problem, das stimmt, dass es schwierig ist, sich das zu leisten. Ich weiss nicht, ob ich mir es heute leisten könnte und ich verdiene über 300'000 Franken im Jahr, aber ich habe das Vermögen, um eine Eigentumswohnung zu kaufen, heute auch nicht. Ja, die Banken, das ist so und das ist kein Witz, sind skeptisch, ob sie mir das finanzieren würden. Es ist wirklich für Familien, da gebe ich Ihnen recht, schwierig.



Aber Sie werden das auch nicht mit der Abschaffung der Handänderungssteuer verändern. Und wir haben ja bereits Vergünstigungen, etwa beim Erwerb einer Liegenschaft für eine Genossenschaft, selbst bewohnt, und befreit sind Erben, Nachkommen, Stiftungen und die öffentliche Hand. Das gibt es ja heute schon. Wenn Sie den sozialen Aspekt hineinbringen wollen, so gibt es den auch heute schon. Ich finde nicht, dass es eine unsoziale Steuer ist. Es ist eine Steuer, die der Staat einnimmt und mit dessen Geld er dann Leistungen erbringt.

Und auch das Argument Steuerharmonisierung bringt mich zum Stauen. Auf der einen Seite wollen die Bürgerlichen immer Steuerwettbewerbe in der Schweiz, aber bei diesen Themen wollen sie dann Harmonisierung. Ja, es ist in anderen Kantonen einfacher, Liegenschaften zu kaufen. Andere Kantone haben andere Situationen, daher ist es auch unterschiedlich.

Daher möchte der Regierungsrat es nicht entgegennehmen, weil wir im Moment nicht sehen, wo wir diese 25 Millionen einsparen sollen. Das ist der Hauptgrund. Wir können das selbstverständlich auch noch einmal diskutieren, wenn wir die Stellungnahme machen, um das etwas genauer aufzuzeigen, aber am Ende geht es genau darum: Wo sparen wir das Geld ein, auf welche Leistungen verzichten wir im Dezember oder im nächsten Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ich bin immerhin froh, dass ein paar der Befürworter:innen ehrlich sind und sagen, dass es ihnen um die Abschaffung dieser Steuer und nicht um die Halbierung geht. Luca Urgese, Sie haben Recht, Immobilieneigentümer:innen werden besteuert. Es ist immerhin auch die Idee, dass wir nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit besteuern, da ist es nicht besonders überraschend, dass die besser situierten Teile der Bevölkerung mehrfach besteuert werden für den gleichen Franken, das ist Ihnen ja auch bekannt oder das ist ja auch normal. Handänderung von Vermögen wird sehr oft besteuert, es wird anschliessend noch als Vermögen besteuert, es wird beim Kauf von Dingen nochmals über die Mehrwertsteuer besteuert. Das sind alles Mechanismen, die Ihnen bekannt sein dürften.

Lorenz Amiet, nein, es ist keine Gebühr, es ist eine Steuer, das bestreitet auch niemand. Deswegen ist auch nicht eine Gebühr abzuschaffen, für die keine Gegenleistung kommt, sondern es ist einfach eine Steuer, einfach Einnahmen, es sind fiskalische Gründe für den Staat. Ich finde diese Vermischung doch mindestens bewusst verwirrend gestaltet.

Nun haben Sie die Kostenmiete irgendwie gegen die Handänderungssteuer aufzuwiegen versucht. Da möchte ich einfach darauf hinweisen: Wenn Sie eine Liegenschaft in Kostenmiete abgeben wollen, wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen wollen, was Sie auch noch als Argument aufgebracht haben, dann ist die Steuer heute schon halbiert. Das einzige, was wir machen, wenn wir die Handänderungssteuer pauschal halbieren, ist, dass wir den absoluten Betrag kleiner machen, in welchem die Selbstnutzung und die Kostenmieteabgabe der Liegenschaft bevorzugt wird gegenüber der reinen Spekulation oder einfach der reinen Renditeorientierung. Das heisst, wenn es eine Lenkungswirkung gibt, die Sie ja bestreiten, aber wenn es diese Lenkungswirkung gibt, dann verringern Sie diese damit.

Ganz einfach, wenn wir die Lenkungswirkung noch allgemeiner nehmen: Sinkt die Handänderungssteuer, erhöht sich einfach das verfügbare Kapital für den Kaufpreis. Das heisst, der Bodenpreis wird getrieben durch die Verringerung der Handänderungssteuer. Das ist eine rein intuitiv klare Angelegenheit.

Nun möchte ich abschliessend noch auf David Jenny reagieren. Sie sagen es richtig, lassen wir die Kirche im Dorf. Es ist nichts anderes als eine Steuersenkung, die wir hier diskutieren, für den wohlhabenden Teil der Bevölkerung. Das hat nichts mit Bankencrashes oder sonstigem zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich auch noch als Sprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Ich gestatte mir zwei Bemerkungen. Verzeihung, wenn ich mich juristisch nicht 100-prozentig korrekt ausgedrückt habe. Mir ging es um die effektive Wirkung der Handänderungssteuer. Mir ging es darum zu sagen, dass die Existenz dieser Steuer heute eben kurzfristigen Kauf und Verkauf hemmt. Und dass wir, da Immobilieneigentum sehr attraktiv war in den letzten Jahren bis Jahrzehnten und es eine stille Wertvermehrung und anderes gab, eine Tendenz heute schon haben zu Mehrkäufen und -verkäufen, deswegen auch teilweise ein Anstieg bei den Einnahmen, und auch eben zur Verbreitung von institutionellen Anlegern.

Und was die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anbelangt, ist einfach auch zu sagen, es gibt Einkommen, die haben etwas zu tun mit erbrachter Leistung, mit Einkommen, aber gerade wenn wir davon ausgehen, dass Wohneigentum ein Privileg ist, nicht verachtenswert, in keiner Art und Weise, dann muss man doch sagen, dass die stille Wertvermehrung, die man im Laufe der Jahre realisiert, eine Art leistungsloses Einkommen ist. Man profitiert davon und hat das Glück, das dann später veräussern zu können. Dafür gibt es verschiedene Steuereinstrumente. Ich möchte jetzt nicht in



die Details der Systematik von Grundstückgewinnsteuer und Handänderungssteuer eingehen, aber ich würde ja nicht vermuten, dass Sie eine Senkung oder Abschaffung der Handänderungssteuer dadurch kompensieren wollen, dass Sie die Grundstückgewinnsteuer erhöhen möchten. Das ist wohl nicht Ihre Absicht. Sondern es geht Ihnen darum, diese Steuern insgesamt tief zu halten und sie möglichst abzuschaffen. Über das andere könnte man selbstverständlich auch diskutieren. Wie gesagt, bei der Handänderungssteuer, und das ist mir wirklich wichtig, wären wir bereit, genauer hinzuschauen bei selbstgenutztem Wohneigentum, ob man da nicht eine Absenkung realisieren könnte. Aber was uns stört an der Motion ist ihre Pauschalität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zum Schlusswort des Motionären Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Was für eine spannende Debatte! Vielen Dank allen Vorrednerinnen und Vorrednern für alle die ausgetauschten Argumente. Ein bisschen bin ich erschlagen, wenn ich höre, was es hier offenbar zu debattieren gibt zu diesem Thema. Worum geht es denn wirklich? Es geht bei der Handänderungssteuer nicht mehr darum, irgendwelche Lenkungen vorzunehmen und schnelle Handänderungen zu besteuern, das hat längstens die Grundstückgewinnsteuer übernommen. Bei der ursprünglichen Einführung, da gebe ich Ihnen recht, war das der Grund, aber das ist vorbei, da wird in hohem Masse die Abschöpfung vorgenommen über die Grundstückgewinnsteuer und die Lenkung geschieht dort. Eine wirkliche Aufgabe hat diese Steuer nicht mehr.

Warum hat mich das gestört, warum habe ich das gebracht? Steuern sollen eigentlich vom Volk nur dann erhoben werden, wenn das Volk sie so beschlossen hat. Und ich sage Ihnen aus meiner Sicht, ich glaube nicht, dass das Volk diese Steuer so beschlossen hat. Natürlich haben wir einen Prozentsatz in dem Steuergesetz, aber hat irgendjemand vorhersehen können, wie sich die Preise hier entwickelt haben auf dem Immobilienmarkt? Und was hat das zur Folge, was hat das zur Konsequenz, dieser Steuer? Wenn Ihre Kinder ein Haus kaufen wollen heute, dann kostet das sicher 1,5 Mio. Franken. Daniel Gmür, ich gehe mit Ihnen einig, dass der Preis als Gesamtes angesehen wird, aber beim Kaufpreis kann man nicht von Anfang an das dazu rechnen. Aber was passiert, es kostet 45'000 mehr, wenn Sie die Handänderungssteuer noch dazu nehmen, 45'000 mehr in die Staatskasse. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, wo man das denn einsparen soll Ich frage umgekehrt. Soll der Staat wirklich Geld einnehmen, was das Volk so nie gedacht und beschlossen hat? War das die Idee, dass hier der Staat als Grossspekulant quasi Geld abschöpft von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern? Das glaube ich nicht, das glaube ich wirklich nicht.

Es ist kein Zufall, dass in der Schweiz acht Kantone diese Steuer aufgehoben haben. Denn die Lenkung geschieht überall über die Grundstückgewinnsteuer. Sämtliche Aufgaben des Staates werden durch die Grundbuchämter abgegolten mit den Gebühren oder durch die Notariatsgebühren. Und der Gewinn wird abgeschöpft über die Grundstückgewinnsteuer. Acht weitere Kantone, die es nicht abgeschafft haben, verlangen 1% bis 1,5%. Und da, denke ich, müssten wir wieder hingehen, wenn wir nur schon zehn Jahre zurückschauen. Wir haben innerhalb von zehn Jahren die Einnahmen verdoppelt, ohne irgend ein Dazutun. Das finde ich nicht gerecht.

Es geht mir nicht um eine Steuersenkung, sondern um die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit, sonst hätte man tatsächlich einfach die Abschaffung beantragen können. Das wollte ich bewusst nicht, denn ich finde auch, wie gesagt wird, als Eigentümer einer Liegenschaft kann man Solidarität zeigen und auch einen Beitrag leisten. Aber nicht viel mehr, als angedacht war. Da ufert es eben aus, und hier hätte ich natürlich schon gedacht, dass auch die linke Ratsseite mitzieht, weil genau diese Überlegung eben im Vordergrund stand, dass es nicht darum geht, einfach abzuschaffen, sondern die Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. Das ist das Bestreben dieser Motion, und ich freue mich, dass ein grosser Teil der Vorrednerinnen und Vorredner das so gesehen haben und ich bitte Sie um Unterstützung dieses Anliegens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Sie sprechen darüber, dass das zugrunde liegende Problem die gestiegenen Bodenpreise sind. Wären Sie bereit, mit mir eine Arbeitsgruppe gegen die weitere Explosion der Bodenpreise zu gründen, anstatt Steuergeschenke zu beschliessen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich muss die Frage so beantworten: Es geht hier nicht um Steuergeschenke, sondern um die Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben mir einen Stichentscheid beschert. Ich stimme für die Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

50 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0007145, 17.09.25 11:29:39*]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

29. Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

[17.09.25 11:29:53, 25.5256.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Ankündigung des Regierungsrates in diesem April, die Informatik der Kantonsverwaltung vollständig auf Microsoft 365 umzustellen, hat einige Diskussionen hier im Rat, aber auch im Kanton ausgelöst. Ich selber arbeite auch in der Kantonsverwaltung, ich kann Ihnen sagen, dass es dort auch heiss diskutiert wird. Eigentlich, so sollte man meinen, geht es da nur darum, dass die IT, also die Infrastruktur der Kantonsangestellten, auf die aktuellste Software und die aktuellsten Anwendungen von Microsoft umgestellt werden, um einen Prozess, den wir alle schon mehrmals in unserem Leben oder in unserem Berufsalltag mitmachen mussten, manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Begeisterung. In diesem Fall liegt die Sache aber in unseren Augen anders und es steckt doch einige Brisanz in diesem Entscheid drin.

Mit der Nutzung von Cloud-Technologien ist zwangsläufig auch eine Auslagerung von Informatik-Dienstleistungen verbunden. Die Speicherung der Daten erfolgt ausserhalb der kantonalen Rechenzentren und bringt neue Herausforderungen für die Informationssicherheit, den Datenschutz und die Archivierung mit sich. Damit werden sämtliche Daten des Kantons irgendwo in einem Rechenzentrum auf diesem Planeten gespeichert, und darüber, wo sie gespeichert werden, haben wir schlussendlich wenig bis keine Einflussmöglichkeiten. Damit wird aber auch eine Vulnerabilität geschaffen, dass der Zugriff auch für andere möglich wird. Anina Ineichen hat ja in den Erläuterungen zu dieser Motion schon viele Problematiken aufgezeigt, offene Fragen, die mit diesem Entscheid einhergehen, und diese möchten wir schlussendlich auch breit diskutieren, darum auch dieser Vorstoss, diese Motion.

Und seien wir uns im Klaren: Seit der zweiten Übernahme der Präsidentschaft in den USA durch Trump ist die Verlässlichkeit gegenüber amerikanischen Firmen und Unternehmen nicht mehr dieselbe. Auch die Datenschutzbeauftragte unseres Kantons sah sich gezwungen, öffentlich Stellung gegen diesen Entscheid zu nehmen, und wir sehen es da in diesem Fall wie sie, dieser Entscheid geht weit über die verwaltungssächlichen Kompetenzen hinaus, weil es eben um die Sicherheit und die Souveränität der kantonalen Daten, also um unsere Daten geht. Es braucht hier dringend eine breite und umfassende Diskussion auf kantonaler Ebene, und wie und ob wir diesen Prozess der Auslagerung der Daten überhaupt in eine Cloud wollen. Ich bin ehrlich gesagt auch ein wenig ratlos, wieso die Einwände der Datenschutzbeauftragten bisher so wenig berücksichtigt wurden. Die Frage ist, wer denn eigentlich schlussendlich die Verantwortung trägt, wenn die Daten abgesogen werden, wer die Verantwortung übernimmt, wenn die Steuerdaten irgendwo landen bei Organisationen, die damit machen



können, was sie wollen. Die Daten, die sind dann weg, die kommen nicht mehr zurück, die sind dann irgendwo im Darknet oder was weiss ich wo.

Wir sind uns selber auch bewusst, dass die Umstellung auf M365 nicht mehr so einfach gestoppt werden kann. Hierfür ist der Prozess leider schon viel zu weit fortgeschritten. Wir fordern aber mit dieser Motion zumindest die Schaffung einer strengeren Regelung, wie vertrauliche Daten bei der Auslagerung besser geschützt werden können, wer das kontrolliert und wie die verschiedenen Daten zu verschlüsseln sind, um gegen fremden Zugriff geschützt werden zu können.

Und das ist jetzt meine persönliche Meinung, in einem weiteren Schritt geht es dann auch darum, dass der Kanton Alternativen sucht, Alternativen zu Microsoft. Andere Körperschaften zeigen, dass das auch möglich ist, im In- und Ausland. Das wird ein grosser Aufwand sein und das wird vielleicht auch nicht jedes Mal erfolgreich geschehen, aber wenn wir diesen Schritt nicht machen, werden wir uns immer in der Abhängigkeit eines einzelnen Unternehmens befinden und sind schlussendlich auch erpressbar. Alternativen zu suchen, bietet uns eben auch die Möglichkeit, in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen und auch die Wertschöpfung lokalen oder näheren Körperschaften zu überlassen, und aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Speicher ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich wiederhole zum grossen Teil das, was ich im Juni schon gesagt habe. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es keine zusätzlichen gesetzlichen Grundlagen für die Cloud-Lösung braucht. Der Umgang mit Daten des Kantons ist im IDG oder auch in anderen Gesetzen bereits umfassend geregelt. Die geplante Einführung der Microsoft Cloud-Lösung, nebenbei nicht die einzige Cloud-Lösung produziert und betrieben von ausländischen Unternehmen, sind beim Kanton im Einsatz. Die GPK hat in ihrem Jahresbericht zur Einführung der Cloud einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert. oder alternative Lösungen vorgeschlagen.

Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit Microsoft M365 aber auch SAP der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Viren, Hackerangriffe oder Daten-Lecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US- oder der EU-Administration auf die Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA eine externe Studie in Auftrag gegeben hat. Ob er dies auch für die EU gemacht hat, ist mir nicht bekannt. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert haben. Alle PCs, die Netzwerk-, Mobil- und WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen von dort. Sind wir wirklich davon überzeugt, dass China in diese Bausteine keine trojanischen Pferde eingebaut hat? Seit Neuestem verschenkt das grösste chinesische Versandhaus den Neukunden gratis ein Tablet. Es ist doch völlig klar, was die Absicht ist. Jeder Klick, jedes Interagieren auf diesem Tablet wird transparent nach China übermittelt, Schweizer oder EU-Datenschutz hin oder her. Ich hoffe doch, dass kein einziger Mitarbeiter der Verwaltung solche Tablets zum Lesen und Schreiben von E-Mails, für Videokonferenzen oder für das Homeoffice verwenden. Meine Damen und Herren, dies sind die wirklichen Fragen zum Schutz der Daten.

Sollte der Vorstoss überwiesen werden, prophezeie ich bereits jetzt, dass der Regierungsrat den Vorstoss als rechtlich nicht zulässig erklären wird. Hier greifen wir klar in die Kompetenz des Regierungsrates ein. Diese gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, wo aber sind die Compliance, Überwachung und Kontrolle? Statt mit neuen Paragraphen in den Gesetzen sollten wir uns eher mit diesen Themen auseinandersetzen. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab, wie das auch der Regierungsrat tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, der Betrieb von IT-Lösungen und die Speicherung der Daten in der Cloud ist heute eigentlich Standard und sogenannte On-Premises-Lösungen, also Betreiben von Anwendungen und deren Speicherungen hier On-Site mit den vielen Arbeiten, die darum herum nötig sind, das wird eben nicht mehr so gemacht, sondern werden zum grossen Teil an spezialisierte Unternehmen ausgelagert. Und dabei bezieht sich diese Spezialisierung ja nicht nur auf die Anwendung selbst, sondern sehr oft nur auf das Betreiben, Aktualisieren, Sicherstellen der Daten, der Backups etc.

Und so wie wir wissen, geschieht das auch in unserem Kanton immer mehr. Wie schon erwähnt, das jüngste Beispiel ist das Outsourcing der Office- und Mail-Infrastruktur an die Firma Microsoft, wo eben nicht nur die Anwendungen, sondern auch die



Daten nicht mehr auf Servern im Kantonsgebiet, sondern irgendwo auf Servern von Microsoft gespeichert sind, und dass sich dabei gewisse rechtliche Fragen stellen, das liegt natürlich in der Natur der Sache.

Die Motion verlangt eigentlich etwas Einfaches, nämlich die rechtlichen Grundlagen für das Outsourcing von Anwendungen und deren Datenspeicherung sicherzustellen. Das Verlagern von IT-Dienstleistungen in die Cloud ist ein dynamischer Vorgang, weshalb sich diese Rahmenbedingungen auch ständig weiterentwickeln müssen. Ergo ist es sinnvoll, ein Rahmenwerk für die rechtlichen Aspekte zu schaffen, welches dieser Dynamik gerecht wird. Es besteht ohne Zweifel eine grosse Anzahl von Anwendungen in unserer Verwaltung. Ob diese Anwendungen und Daten on-premise gehalten sind, ob sie auf dem Weg in die Cloud sind, ob sie bereits in der Cloud sind, ja, das weiss im Detail nur die Verwaltung. Deshalb ist es an ihr respektive dem Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass tatsächlich alle jetzigen oder zukünftigen Cloud-Anwendungen in ein geordnetes rechtliches Rahmenwerk eingepasst werden oder eingepasst sind. Und ob diese rechtlichen Grundlagen tatsächlich ausreichen, ob sie erweitert oder angepasst werden müssen, das kann nur der Regierungsrat beurteilen.

Die SVP erachtet es deshalb als sinnvoll, dass der Regierungsrat dieser Frage sich detailliert widmet, eine Auslegeordnung macht und dem Grossen Rat die nötigen gesetzlichen Grundlagen vorlegt. Zusätzlich zu den in der Motion erwähnten Punkten erachtet es die SVP als wichtig, dass der Regierungsrat nicht nur diese Grundlagen vorlegt, sondern auch aufzeigt, wie er sie in dieser sich sehr dynamisch entwickelnden Umgebung weiterentwickeln wird. Wie, was und in welchen zeitlichen Abständen wird er diese rechtlichen Grundlagen anpassen, auf Erweiterungen, Änderungen überprüfen und sie vorlegen? Darauf erwarten wir in der Motionsbeantwortung Antworten.

Der Regierungsrat schreibt ja in seinem Jahresbericht, unseres Erachtens relativ leichtfüssig, er habe die Übernahme der identifizierten Restrisiken einer Einführung der M365-Cloud-Lösung beschlossen. Diese Risiken sind nicht bloss technischer, sondern auch rechtlicher Art. Und wir erwarten, dass sich der Regierungsrat dieser Tatsache bewusst ist und sie entsprechend in die Antwort auf diese Motion einfließen lassen wird.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich kann meinem Vorredner von der SVP nur beipflichten, wie auch Harald Friedl, der schon zu Beginn die wichtigsten Argumente dargelegt hat. Ich möchte Sie auch im Namen der SP darum bitten, die vorliegende Motion an die Regierung zu überweisen, und zwar auch aus demokratiepolitischen Gründen.

Für uns ist klar, die im Frühling beschlossene Auslagerung von besonders schützenswerten Personendaten in die Cloud, stellt einen Grundsatzentscheid dar, der weitreichende Konsequenzen hat. Gleichzeitig geht es hier auch nicht nur um Microsoft 365. Das heutige IDG regelt die Auslagerung von Personendaten nicht ausdrücklich und macht auch keine Aussagen zum Umgang mit eben besonders schützenswerten Daten in der Cloud. Die Bearbeitung durch Dritte wird zwar unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, aus unserer Sicht war aber in der Formulierung des § 7 nicht eine komplette Auslagerung in einer Cloud vorgesehen. Auch die Kritik seitens der Datenschutzbeauftragten, die im Übrigen auch schon ihr Vorgänger geäussert hatte, spricht aus unserer Sicht dafür, dass es dringend angezeigt ist, dass eben wir, also dass sich die Legislative auf Gesetzesebene dazu äussert, unter welchen Rahmenbedingungen eine solche Auslagerung erfolgen soll. Dabei ist für uns selbstverständlich unbestritten, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für alle Staatsaufgaben ist. Das stellen wir hiermit nicht in Frage.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass eben diese viel zitierten Gutachten, welche die Sicherheit bzw. das Risiko dieser Auslagerung abwägen, aus einer Zeit vor Donald Trump stammen, und ich glaube wirklich, dass wir alle hier ganz unabhängig von unserer individuellen politischen Haltung uns einig sind, dass mit Trump unzählige Sicherheiten bereits gefallen sind und niemand weiss, wie sich seine Willkür in Zukunft auswirken wird. Der US-Cloud-Act erlaubt den Zugriff auf alle Daten, unabhängig davon, wo diese Server stehen, und ich persönlich würde nicht viel auf die Gewissheit wetten, dass so ein Zugriff unwahrscheinlich ist. Darum sind wir der Meinung, dass diese Abwägung und diese Debatte hier in den Grossen Rat gehört und im Rahmen der Kommissionsberatung vertieft werden sollte. Ich danke Ihnen deshalb, wenn Sie die Motion an die Regierung überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Cloud basierte Datensammlung bedeutet eben nicht Cloud gleich in den Wolken, sondern es bedeutet eben auch klar, dass diese Datensammlung nachher eine nationale Identität hat. Und damit sind wir, es wurde



vorher richtig gesagt von Salome Bessenich, sind wir eben in der heutigen Zeit angelangt und wissen, dass es sehr wichtig ist, dass man genau hinschaut, wem man sich da anvertraut.

Zudem wissen wir auch aus diesem Bereich, dass diese in der Schnelligkeit wirklich auch Reaktionen verlangt. Wir haben gesehen, dass in der EU, auch natürlich in der Schweiz viel zu lange gewartet wurde, um auch rechtlich den ganzen Themen nachzukommen. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass es vor allem wichtig ist, auch diese Motion auf ein Jahr zu terminieren.

Ich möchte Ihnen in diesem Sinne für die Basta beliebt machen, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Meine Haltung und die meiner Fraktion kam am besten zum Ausdruck im Votum von Salome Bessenich. Wir sehen hier auch eher einen demokratiepolitischen Grund, warum wir diese Motion überweisen sollten. Offensichtlich gibt es hier Bedarf, und offensichtlich wird in Frage gestellt, ob die gesetzliche Grundlage aktuell zur Situation passt. Da lohnt es sich, mindestens diese Motion zu überweisen und das genau anzuschauen, um auch mehr Frieden herzustellen. Wir sind der Ansicht, insbesondere auch ich, dass praktisch gesehen sich nicht viel ändern wird. Ich bin auch der Ansicht, dass die Regierung und die Verwaltung hier durchaus einen guten Job gemacht haben, also die Überweisung der Motion ist überhaupt nicht eine Kritik an irgendjemanden, sondern wir sehen einfach Bedarf und glauben deshalb, dass es sinnvoll investierte Energie ist, dieses Thema genauer anzuschauen, für uns als Parlament. Vielen Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP hat hier ein Offen und das widerspiegelt auch die Komplexität dieses Themas. Auf der einen Seite reden wir von Cloud, wir reden über Hybridlösungen, wir reden von Lösungen, die im Kanton gehostet werden und betrieben werden. Ich höre immer wieder, Microsoft 365 sei des Teufels, da könne jeder auf die Daten zugreifen. Wir haben ein ganz individuelles System bei den Steuern namens Nest. Und dieses Nest, das ist nicht im Microsoft-Universum eingeschlossen, und genau analog haben wir auch sehr, sehr viele Systeme, die irgendwo anders betrieben werden, und die Komplexität, auf alles Zugriff zu bekommen, ist eigentlich eher ein unmögliches Unterfangen.

Daher die Frage: Wir haben verschiedene gesetzliche Grundlagen, aber wir haben auch effektiv die Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen im Sinne eines Information Security Management Systems, wo man dann diese verschiedenen Systeme anschaut, die Risiken bewertet und entsprechend Massnahmen implementiert, sei es nun bei Office 365 mit einer geeigneten Chiffrierung der schützenswerten Daten, dass die nicht zugänglich sind. Ich denke einfach, dass man hier den Fachspezialisten, die dieses Thema Tag ein, Tag aus bewirtschaften, auch ein gewisses Vertrauen zuteilen muss und schauen muss, dass sie ihre Arbeit machen können. Das ist eigentlich schlussendlich die Auslegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Datenschützerin hat nicht explizit gesagt «Office 365 Nein», sondern sie hat in ihrem Bericht geschrieben, dass es mit entsprechenden Massnahmen, mit Kontrollen auch durchaus einführbar ist. Also es ist nicht ein Nein partout. In diesem Sinne wird die LDP entscheiden, wo sie in dieser Frage steht. Besten Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Daten werden nicht alle irgendwo gespeichert, sie gehen nicht alle in die Cloud. Das ist anscheinend ein Missverständnis. Das ist definitiv nicht so. Olivier Battaglia hat es schon angetönt, gerade bei den Steuerdaten als Beispiel, die sind im Nest. Also da gibt es unzählig verschiedene Beispiele, wie man die lagert oder wo, welche Daten in die Cloud können, welche nicht. Das ist eigentlich ein Thema, das jetzt die Verwaltung anschaut. Das ist eine sehr exekutive Aufgabe. Ich meine, wenn Sie der Meinung sind, dass der Grossrat über alle einzelnen Daten entscheiden muss, dann gibt es also auch eine Gewaltvermischung, und dann wird es wirklich schwierig. Sie können die Linien vorgeben und die haben wir, wir haben ein IDG, wir haben Verordnungen, das haben wir alles. Und genau dort steht selbstverständlich, dass wir den Schutz gewährleisten müssen, daher gehen auch nicht alle Daten in die Cloud. Aber das mit Ihnen zusammen hier über alle einzelnen Daten zu machen, das ist einfach unrealistisch.

Wir hören immer wieder die Rede vom demokratiepolitischen Defizit. Ich wurde übrigens auch gewählt, nicht nur Sie, auch die Regierung wurde gewählt. Der Unterschied ist in der Verantwortung. Wir können die schon abgeben, ich finde das einfach sehr billig. Wenn die Regierung sagen würde, entscheidet doch ihr, ob wir M365 einführen. Ich fände das wirklich



billig. Wer steht dann hin, wer von Ihnen? Nein, wir sind uns dessen bewusst, es wird meinen Kopf kosten, wenn es sehr schiefeht, wenn es im ED schiefeht, muss Mustafa Atici hinstehen, wenn es in einem anderen Departement schiefeht, im WSU, muss Kaspar Sutter hinstehen. Ja, das ist so. Wir stehen dann klar in der Verantwortung, und ich habe das die letzten fünf, sechs Jahre auch ein paar Mal erlebt, meine Kollegen kennen das. Und dann wird es sehr heiss, dann kommt die GPK und sagt, was soll das, was habt ihr gemacht? Ah, Frau Soland hat Steuerdaten herausgegeben! Dann kommt Erich Bucher und sagt, so geht es nicht, was haben Sie da gemacht.

Wir können das doch nicht Ihnen übergeben. Sie könnten das gerne haben, aber ich fände es billig, und daher hat der Regierungsrat gesagt, nein, wir müssen das entscheiden, es gibt immer Restrisiken, das ist so. Und es ist auch jetzt nicht anders. Ich kann Ihnen sagen, die Situation aktuell, die ist viel schwieriger. Ich bin ja schon erstaunt, dass nie jemand nachgefragt hat, wo denn die Daten heute so sind. Ich muss Ihnen sagen, ich bin so froh, dass wir jetzt dahinter sind und das bereinigen, und auf einen guten Weg bringen.

Und es ist so, es wird immer eine Diskussion geben und selbstverständlich, die 100%ige Sicherheit gibt es nicht, denn sonst machen wir wieder Papier. Und den Mitarbeitenden im Kanton zu sagen, wir machen nur noch Papier, mit E-Mails ist es aus die Maus, und dann laufen wir wieder hin und her, das ist dann schon sehr schwierig, das ist eine Abwägung. Und eine Abwägung, die wir sehr gerne auch in der GPK oder in anderen Kommissionen besprechen.

Wir haben Gesetze, wir werden das selbstverständlich in der Stellungnahme beim Eintreten auch ausführen, aber wir können nicht mit Ihnen alle einzelne Daten besprechen, das wäre schwierig. Alternativen sind auch schwierig, das wissen wir in anderen Bereichen. Wir werden sicher schauen, ob es das mal gibt, aber es ist im Moment einfach sehr schwierig. Und in einem Jahr eine gesetzliche Grundlage bringen! Wenn Sie M365 verbieten wollen, dann machen Sie es. Die Datenschutzbeauftragte hat es nicht gemacht, sie hat nicht verfügt. Wenn Sie das wollen, dann reden Sie aber Klartext. Ansonsten wird es schwierig mit einer gesetzlichen Grundlage in einem Jahr, das kann ich Ihnen heute schon sagen. Ich nehme die Zwischenfragen an und ich hoffe, Sie sind nicht zu technisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die erste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich stelle Ihnen nur die Frage, die Sie schon selbst gestellt haben. Wo sind die Daten heute?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: An unterschiedlichen Orten, und wir haben tatsächlich festgestellt, dass Corona zum Beispiel dazu geführt hat, dass wir Teams gemacht haben und Teams ist übrigens die Cloud, das heisst, wenn Sie dort etwas hochladen, dann ist es schon heute in der Cloud.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben die Verantwortungsübernahme durch den Regierungsrat angesprochen und die desolante Situation der IT haben Sie auch angesprochen. Wie übernimmt der Regierungsrat die Verantwortung für die jetzige Situation?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Indem wir hinstehen und Lösungen suchen. Wir sind daran, einiges zu verbessern und ich finde, es geht vorwärts. Ich fand das auch nicht lustig, als ich das Amt übernommen habe, denn IT war das letzte Thema, dem ich mich annehmen wollte und ich habe die letzten fünf Jahre ehrlich gesagt sehr, sehr viel IT gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Versetzen wir uns doch kurz zurück in das Jahr 2012. Windows 8 wurde lanciert, Google Drive gab es endlich auch auf dem Handy, Snapchat haben vielleicht einige von Ihnen installiert und das DSGVO wurde von uns in Kraft gesetzt. Es gab sicher eine Vernehmlassung damals, vielleicht habe ich dort sogar mitgemacht, aber ich habe sicher nicht an die Situation gedacht, wie sie heute ist, als ich § 7 gelesen habe. Ich habe nicht an die KI gedacht, ich habe nicht an die Schnelligkeit der Datenverarbeitung, die heute möglich ist, gedacht und ich habe auch nicht an die Clouds in diesem Ausmass, wie wir sie heute nutzen, gedacht. Ich bezweifle, dass die Macherinnen und Macher des DSGVO an das gedacht haben, wie es heute ist.



Und das hat dazu geführt, dass wir heute im DSG genau einen Artikel haben, um all diesen neuen Herausforderungen in der digitalen Welt zu begegnen, einen Artikel, 80 Zeichen. Ich bezweifle, dass das ausreicht, um diesem Ausmass an Auslagerungen gerecht zu werden. Und es geht mir im Übrigen nicht darum, der Regierung reinzureden. Wir haben Gesetze und wir haben Verordnungen. Ich möchte hier lancieren, ein Gesetz zu machen, um die Grundzüge festzulegen, die Grundzüge dessen, wie wir wollen, dass unsere Daten und die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner gelagert werden, wie sie bearbeitet werden und wo, wenn sie in der Cloud sind. Es geht um die Rahmenbedingungen, wie man so schön sagt, und das Einzelne darf sehr gerne die Regierung dann festlegen oder auch die Verwaltung, da stimme ich Ihnen zu, Tanja Soland, da fehlt uns die Expertise und es ist auch nicht unsere Aufgabe.

Wichtig ist auch, dass wir festlegen, wer die Verantwortung trägt. Ja, die Regierung, aber wenn es ein Gesetz ist, dann können auch wir mitentscheiden. Und ich glaube eben, es ist nicht ein reiner Organisationsentscheid, wie man Daten und wo in einer Cloud lagert, sondern es hat eine Tragweite, die auch die Grossrätinnen und Grossräte hier im Raum mittragen dürfen. Nehmen wir doch das als Grossrätinnen und Grossräte an die Hand, nehmen wir uns dieses Problems an, machen wir uns Gedanken darüber, wer die Verantwortung trägt und welche Verantwortung die einzelnen Mitarbeiter tragen müssen. Das sind schon Grundsätze, die wir uns hier überlegen sollten, davon bin ich überzeugt.

Dann möchte ich einfach noch einmal betonen, es geht heute wirklich nicht um die Frage, ob M365 eingeführt werden soll oder nicht. Es geht aber auch nicht, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, um die Frage, ob E-Mail oder Brieftauben. Ich bin auch davon überzeugt, wir kommen nicht um Clouds herum. Das ist die neue Welt, wir müssen die nutzen, sie erleichtern unsere Arbeit ja auch ungemein, aber wir müssen uns überlegen, wie, wo, was, wer in den Grundzügen. Das ist unsere Aufgabe, das sehe ich ganz klar. Es würde Ihnen auch helfen, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, in Zukunft nicht mehr so ausführlich erklären zu müssen, wer jetzt was, wo, wie entschieden hat, denn dann sind die die Grundzüge bekannt und wir haben sie selber gemacht.

Ich möchte trotzdem noch schnell auf die Alternativen zurückkommen. Das ist ein Thema, das ich sehr gerne habe, weil das Bundesgericht in Lausanne arbeitet mit Alternativen, und es arbeitet meines Erachtens gut. Ich mag die Entscheide meistens, nicht immer, aber es arbeitet gut. Sie haben keinen Fachkräftemangel, es gibt schon Alternativen, dessen müssen wir uns bewusst sein. Aber das müssen wir heute auch nicht entscheiden. Hier und heute entscheiden wir ausschliesslich darüber, ob wir die Datenauslagerung in diesem Ausmass wollen, wie es halt die heutige technologischen Welt angenommen hat, oder ob wir dort noch Rahmen setzen wollen, oder wollen wir das nicht, sondern überlassen wir das der Regierung. Und ich würde die Regierung gerne von diesem Restrisiko schützen. Vielen Dank, meine Fraktion ist für Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0007147, 17.09.25 10:02:41]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung entschieden mit 76 gegen 21 Stimmen.

Schluss der 26. Sitzung

12:02 Uhr